

Fuhr und Siegt

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Fuhr und Siegt“ erscheint wöchentlich 6 mal und je nach Ausgaben um den „Volkswacht“. Neue Straße 4/6 durch die Zentralstrasse 11, durch die Zweigstelle, Blattengeschäft Reichelt, Reichsbahnstrasse 140 sowie durch alle Buchläden zu beziehen. — **Bezugspreis:** Im vorstehenden wöchentlichen 6,00 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Ausland 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Ring 2206, Redaktion Ring 3141
Postschw.-Konto: Postgesch.-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 10 Pf. anwärts für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellungsanzeige, Berichte, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleinanzeigen pro Wort 3 Pf., das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blattstrasse 48 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Kommunisten-Tragödie.

700 kommunistische Funktionäre gegen die Zentrale!

Die kommunistische Opposition, die mit Sinowjew, Kamenew und der Witwe Lenins den neuen staatskapitalistischen Kurs in Russland für einen Abbau des Leninismus hält, hat sich durch alle Maßregelungen und Ausschlüsse nicht minder machen lassen. Sie tritt jetzt mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die die „Heile gegen Sinowjew“ als „Aun der Kommunistischen Internationale“ hinstellt und die Rückkehr zum echten Leninismus fordert.

Der Inhalt dieser Erklärung mag nicht gerade tiefe Einsicht in die geschichtlichen Entwicklungsbedingungen der russischen Wirtschaft verraten, für die heute selbst die Stalin und Bucharin Kompromisse mit dem Kapitalismus als notwendig erachten. Die Liquidierung der Kommunistischen Internationale, die von den „Linken“ für ein furchtbares Unglück erklärt wird, könnte bei konsequenter Durchführung vielleicht ein wichtiger Schritt zur Abarbeitung einer Wiedervereinigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt in der Sozialistischen Internationale werden.

Wir stehen sachlich der jüngsten kommunistischen Opposition noch fern, als der herrschende Richtung der KPD. Ihren Trägern aber wird niemand das Mitgefühl versagen können, wenn sie für ihre naive Phrasologie, die ja doch bis vor kurzem offizielle kommunistische Parteilehre war, jetzt in der gesamten Presse und bei allen Organisationsleitungen ihrer Richtung kein Wort des Verständnisses mehr finden. Die Revolte der naiven Revolutionsphrasen gegen die russische Kompromisspolitik ist ja zugleich auch eine Revolte gegen die kommunistische Parteidiktatur, die plötzlich auf Kommando Überzeugungen in Deutschland zu wechseln befiehlt, weil zwischen russischen Diplomaten und westeuropäischen und Berliner Finanzleuten neue Geschäfte möglich geworden sind. Es sind immerhin 700 alte kommunistische Funktionäre, die zum großen Teil an führender Stelle stehen oder standen, die diese Oppositionserklärung unterzeichnet haben. Wir finden die Abgeordneten Schulz und Scholem, Grylewicz und Gehrmann, Eitzen, Urbahn, Stellerup, Kilian, Hedwig Krüger und viele andere unter ihnen, die alle jetzt von der „Roten Fahne“ als „antibolschewistische Renegaten“ beschimpft werden, weil sie der „Roten Fahne“ vom vorigen Jahr treu geblieben sind. Eine Tragödie der ehrlichen Phrasenflüchtigen!

Abrüden des Zentrums vom Reichsbanner?

Der „Welt am Montag“ wird aus linken Zentrumstreifen geschrieben:

Am 8. September hat die „Germania“ die Mitteilung veröffentlicht, daß der Reichsparteiausschuß des Zentrums am Sonntag, dem 21. Oktober, als Erfolg für den ausfallenden Zentrumsparteitag in einem größeren Rahmen in einer noch zu bestimmenden Stadt Mitteldeutschlands zusammentreten will. In dieser Notiz mußte es auffallen, daß die „Germania“ erklärt, der Punkt der Organisationssfragen, der einen Hauptgegenstand der Besprechungen bilden soll, sei keineswegs noch wichtiger als der Punkt der politischen Arbeit im Reiche: „Denn es wird sich von einer einschlägigen Besprechung der gekommenen Organisation der Deutschen Zentrumspartei handeln und wichtige Entscheidungen werden in dieser Sitzung getroffen werden müssen.“ Am nämlichen Tage ist in der „Schlesischen Volkszeitung“ ein Erfolg des Kardinals und Fürstbischofs von Breslau, Dr. Bertram, der zu gleicher Zeit Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz in Fulda ist, veröffentlicht worden, zur Förderung der katholischen Jugend und Jungmännervereine. In diesem Erfolg erklärt der Primas der deutschen Bischöfe, daß die Fuldaer Bischofskonferenz, die in den letzten Jahren Warnungen vor bestimmten Gruppen nichtkatholischer Vereine erlassen habe, auf ihrer diesjährigen Tagung zu dieser Warnung zwecks Verhütung von Missdeutungen die erläuternde Bemerkung beschlossen habe, daß die Warnung selbstverständlich zu verstehen ist als geltend auch von allen sormiegern politisch orientierten Organisationen, die dem Bestand der katholischen Jugendverbände schaden und die durch die Eigenart ihrer Zusammenziehung (Interkonfessionellität) zur Verbreitung antikatholischer Grundfälle führen, dem religiösen Indifferenzismus Vorwurf seien, beziehungsweise als Kampforganisationen den Frieden und die Einheit des Volkes gefährden könnten.

Die jüngste Warnung der Fuldaer Bischofskonferenz, die Mitte August gelegt hat, richtet sich in ihrer Ausweitung gegen das Kulturamt des rechten. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß katholische Kreise eine Infektion der katholischen Jugend durch das Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten im Reichsbanner befürchten. Auch der Satz der „Germania“, den wir oben angeführt haben, deutet nichts anderes an, als die Behandlung dieses Problems auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses. Dazu kommt, daß die Bischöfliche Volkspartei für eine engere Zusammenarbeit mit dem Zentrum die Löschung der Beschlüsse des Zentrums zum Reichsbanner fordert. Vor allem aber hat den Anstoß zu diesen Zerrüttungen der rechten gegeben, den die Christlich-Socialen Österreichs wegen der Teilnahme des Reichsbanners an der Ver-

anstaltung des Österreichischen Republikanischen Schutzbundes in Wien geschlagen haben. Anscheinend bereiten sich bedeutsame Dinge vor.

Wir werden abzuwarten haben, ob sich diese Mitteilungen bestätigen. Ganz unwahrscheinlich flingen sie nicht, nachdem gerade in der Diözese des Breslauer Fürstbischofs bereits vor einiger Zeit von Zentrumsorganisationen plötzlich sehr schwach begründete Beschlüsse gegen das mittelschlesische Reichsbanner erlassen wurden. Ob letzten Endes die Kirche durch ein solches Vorgehen sich selbst nicht mehr schaden würde als dem Reichsbanner, darüber machen sich manche ihrer klügeren Anhänger — darunter auch der Reichskanzler Dr. Marx, der noch heute Reichsbannermitglied ist — bekanntlich ihre eigenen Gedanken. Die schlesischen Zentrums-Beschlüsse haben jedenfalls dem Reichsbanner sehr wenig geschadet.

Ein Gesetzentwurf über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts ist Ende voriger Woche dem Reichstag vorgelegt worden. Nach dem Entwurf sollen Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung das Recht haben, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen, wenn Zweifel darüber bestehen, ob eine als Gesetz oder Verordnung verhängte Reichsvorschrift des Reichsrechts mit der Reichsverfassung im Widerstreit steht. Ausgenommen sind in diesem Gesetzentwurf die Verträge mit fremden Staaten und die durch sie bedingten Gesetze.

Eine derartige Regelung würde durchaus keinen verbesserteren Rechtsstatus gegen Missbrauch der Verfassung durch die jeweils regierende Richtung sichern. Wenn nur die Mehrheit des Reichstages den Staatsgerichtshof z. B. gegen die Reichsregierung anrufen kann, so wird er praktisch überhaupt nicht gegen die Reichsregierung angerufen werden, es sei denn von der Mehrheit der Ländervertreter im Reichsrat. Dieselbe Reichstagsmehrheit, von deren Vertrauen die Reichsregierung abhängt, wird dagegen doch kaum „ihre“ Regierung mit dieser scharfen Waffe bekämpfen! Falsche Ausschreibungen der Reichsregierung z. B. über die Zulässigkeit oder den verfassungändernden Charakter von Volksbegehren könnte nach einer solchen Regelung praktisch genau so wenig angefochten werden wie bisher. Wir hoffen daher, daß im Reichstag noch recht starke Kritik an diesem Entwurf von Dr. Kühl geübt wird, der durch einen besseren Schutz der Minderheiten ergänzt werden muß.

Politische Folgen des neuen Attentats auf Mussolini.

Rom, 14. September. (Eig. Funkbericht.) Die Polizei hat bis jetzt etwa 300 Personen verhaftet, ohne daß es ihr dabei gelungen ist, bei einem der Verhafteten eine Verbindung mit dem Attentäter nachzuweisen. In Rom selbst wurde der Anarchistführer Malatesta festgenommen. Der Generaldirektor der italienischen Polizei und der Polizeidirektor von Rom sind ihrer Posten entthoben worden.

Wie sich nachträglich herausstellt, hatte der Attentäter zunächst einen falschen Namen angegeben. Es handelt sich in Wirklichkeit um einen 25 Jahre alten Marmorarbeiter Lucetti aus Avonza bei Carrara, wo er in den weltberühmten Marmorbrüchen gearbeitet hat. Der Attentäter will ganz ohne Mittwissen gehandelt haben und vor acht Tagen zur Durchführung des Attentates nach Rom gekommen sein. Die falschstilichen Abgeordneten Roms beschlossen, sofort bei der Regierung vorstellig zu werden und die sofortige Einführung der Todesstrafe zu verlangen. Zu diesem Zweck soll die Kammer für Anfang Oktober einberufen werden. Die Todesstrafe soll Anwendung finden bei Attentaten gegen den König und den Leiter der Regierung sowie bei bewaffneten Aufständen gegen die Staatsgewalt.

Paris, 14. September. (Eigener Funkbericht.) Die hierigen Blätter kommentieren ausführlich die Besprechungen, die der französische Außenminister Briand mit dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi und dem italienischen Delegierten beim Völkerbund in Genf gehabt hatte. Dem „Matin“ zufolge hat Briand in dieser Besprechung darauf hingewiesen, daß Frankreich unter keinen Umständen für das Attentat auf Mussolini verantwortlich gemacht werden könne. Es leben über 800 000 Italiener in Frankreich, und die französische Regierung könnte sich nicht um die Politik jedes Einzelnen kümmern. Es sei, wenn von anderen Staatsangehörigen ein politisches Attentat begangen worden sei, den Regierungen niemals eingefallen, die Regierung des Landes, dem der Attentäter angehört, dafür verantwortlich zu machen. Demgegenüber soll der italienische Unterstaatssekretär betont haben, daß die ganze mussolinistische Bewegung der letzten Jahre von Paris ausgegangen sei. Die französische Regierung möge alles tun, was in ihren Kräften steht, um den Feinden Mussolinis das Leben in Paris unmöglich zu machen und sie auszuweisen. Sie möge ebenfalls die ganze italienische mussolinistische Presse verbieten, die in Paris gedruckt und in Italien verbreitet würde. Demgegenüber hat, den Morgenblättern zufolge, Briand betont, daß dieses außerhalb seiner Macht liege. Nach dem französischen Pressegesetz kann keine Zeitung verboten werden. Es könne gegen eine Zeitung nur vorgehen, wenn sie den italienischen König angreife. Wenn er gegen die italienischen Zeitungen vorgehen würde, so würden sicher sofort Forderungen von anderen ausländischen Regierungen erhoben gegen Zeitungen, die in Paris erscheinen. Der „Matin“, der diese Besprechung ausführlich kommentiert, schlägt vor, eine persönliche Besprechung zwischen Briand und Mussolini in die Wege zu leiten.

Die Genfer Verhandlungen.

Erklärungen Briands.

Der französische Minister des Äußeren, Briand, gab dem Berichterstatter des „Sozialdemokratischen Presseblattes“ eine schriftliche Erklärung in der es u. a. heißt: Ich mache kein Hehl daraus, daß im Laufe der Besprechungen die ich mit Herrn Stresemann hier zu haben gedenke, wie Mittel und Wege prüfen werden, die am geeignesten sind, um eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im Interesse des Beitrage von Socarno zu ermöglichen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß wir die Fragen behandeln werden, die die Nähelandshaltung und die noch nicht bearbeitete Durchführung der Entwaffnungsklausel des Friedensvertrages betreffen. Wir haben sicherlich alle den Wunsch, der Erfolgkeit der Kontrollkommission in Deutschland so rasch wie möglich ein Ende zu bereiten, aber das Datum ihrer Übergabe hängt von dem Augenblick ab, in dem die verschiedenen Parteien, die gegenwärtig der Abmachungen vom 16. November v. Z. folgen, durchgeführt sera werden. Ich zweife nicht daran, daß, wenn man auf beiden Seiten in loyaler Weise seinen Willen zeigt, das erwünschte Ergebnis nicht auf sich warten lassen wird.

Die voransichtlichen neuen Ratsmitglieder.

Genf, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag um 3½ Uhr wird die Vollversammlung des Völkerbundes sich mit dem Beratungsergebnis der ersten Session des Neuen Rates und die Wiederwahl von einzelnen nachständigen Mitgliedern im Jahre 1929 befassen. Am Donnerstag soll dann die Wahl der nächsten Mitglieder erfolgen. Sobald noch am Donnerstag nachmittag die Konstituierung des neuen Rates vor sich gehen kann, Briand und Chamberlain werden diese Sitzung beitreten und infolgedessen wahrscheinlich erst am Freitag von Genf abreisen.

Das von der Völkerbundskommission erarbeitete Auschluß-Liste

mehrstündigen Sitzung seine Arbeiten. Am Dienstag wird sich der erste Ausschuß mit dem Ergebnis beschäftigen. Es läuft praktisch darauf hinaus, daß Polen, China, Chile und Holland je einen dreijährigen, Rumänien und Columbia je einen zweijährigen nichtständigen Rats sitzen erhalten. Außerdem kommt für einen zweijährigen nichtständigen Sitz noch Persien oder Siam bzw. Bulgarien in Frage. Einen einjährigen nichtständigen Sitz dürfen Belgien, Uruguay und wahrscheinlich auch Finnland erhalten.

Die nächste Völkerbundsrats-Sitzung in Berlin?

London, 14. September. (Eig. Funkbericht.) Berichterstatter englischer Blätter in Genf wollen wissen, daß man sich in den Kreisen der englischen Delegation mit dem Gedanken trage, die nächste Sitzung des Völkerbundsrates im Dezember unter Vorsitz von Dr. Stresemann in Berlin abzuhalten.

Danziger Zollfragen.

Wien, 12. September. (Drahtbericht.) Zu der voraussichtlich am 14. September stattfindenden Sitzung des Völkerbundsrates, auf der die Danziger Zollfragen zur Verhandlung kommen sollen, bemerkt der „Tag“ doch an dieser Sitzung Deutschland bereits als Ratsmitglied teilnehmen werde, während Polen, das dem Rat noch nicht angehört, lediglich als eine „unabhängige Partei“ hinzugezogen werden soll. — Die amtliche Telegraphen-Agentur teilt mit, daß Polen der vom Finanzminister des Völkerbundes empfohlenen Erhöhung des Danziger Anteils an den Zolleinnahmen der Zollunion zwischen Polen und Danzig unter der Bedingung zugestimmt habe, daß Polens Berechtigungen auf dem Gebiet der Danziger Zollverwaltung voll garantiert würden. Der Anteil Polens an den vormaligen Zollentnahmen soll auf 14—20 Millionen Gulden festgesetzt werden.



Stresemanns Rede in Genf.

Unser Bild zeigt Stresemann am Genfer Rednerpult während seiner Darlegungen über Deutschlands guten Willen zur Friedensarbeit als Völkerbundsmitglied.

Ergebnislose Abrüstungs-Debatten.

Gesl., 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Kommission des Völkerbundes (Militär- und Abrüstungsfragen) besaß sich am Montag in zwei Sitzungen mit der Vorlage zur Einberufung einer Konferenz für die Ausarbeitung einer Konvention über die Kontrolle der Waffen- und Munitionsherstellung.

Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, versicherte, daß die deutsche Regierung bereit sei, an der Lösung der Abrüstungsfrage loyal mitzuwirken. Er verwies weiter darauf, daß die deutsche Regierung es trotzdem nicht für angebracht hält, wenn zur Klärung bestimmter Teilstufen besondere internationale Konferenzen einberufen werden. Der französische Genosse Paul Boncours schloß sich dieser Auffassung an und stellte fest, daß die Kontrolle der Waffenfabrikation nur möglich sei, sobald eine Einigung über die allgemeine Abrüstungskontrolle erreicht ist. Es sei zu diesem Zweck notwendig, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz bald zu einem positiven Ergebnis hinsichtlich der Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen gelange. Auch der belgische Genosse de Broca erklärte, daß auf einen schnellen positiven Abschluß der Abrüstungskonferenz. Der französische Genosse Jouhaux begründet schließlich folgenden Antrag:

"Die Studien über die private Waffenfabrikation sollen so fortgesetzt werden, daß ihr Ergebnis in das Programm der allgemeinen Abrüstungskonferenz aufgenommen werden kann, die noch vor der nächsten Völkerbundskonferenz einberufen wird. Ist diese Einigung nicht möglich, dann soll für die Kontrolle der Waffenfabrikation so bald wie möglich eine Spezialkonferenz zusammengetreten."

In der Nachmittagsitzung wurde diese Entschließung des Genossen Jouhaux einstimmig angenommen. Der Ausschuss befahl sich dann mit den vom Sekretariat vorgelegten gesammelten Schriftsätzen zu vertragen. Diese Sammlung wurde in der Diskussion von den verschiedenen Rednern als unvollständig bezeichnet. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Verträge zu einem Teil noch große Lücken aufweisen. Am Mittwoch soll die Debatte fortgesetzt werden.

Die Spannung zwischen Memel und Kowno.

Kowno, 12. September. (Drahtbericht.) Die Beziehungen zwischen der litauischen Zentralregierung und den Memelländern, die unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Kowno eine wesentliche Besserung zu versprechen schienen, sind jetzt im Zusammenhang mit der Behandlung der memelländischen Belästigung wiederum ausserst verschärft. Sowohl die offizielle "Lietuva" als auch die "Lieluos Binios", das Organ der heute maßgebenden sozialistischen Partei, führen eine feindselige Sprache gegen die Memelländer.

Der Beitritt der Schweizer zur Sozialistischen Internationale.

Bern, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteiausschuss der schweizerischen Sozialdemokratie stimmte am Sonntag dem Beschuß des Parteivorstandes auf Eintritt in die Sozialistische Arbeiter-Internationale zu. Diesem Beschuß ging eine lebhafte Debatte voraus, bei der drei Richtungen in Erscheinung traten. Die eine Richtung lehnte nach wie vor jeden Anschluß an die Internationale ab. Sie blieb jedoch mit 10 gegen 35 Stimmen in der Minderheit. Die zweite und stärkste Richtung unter Führung von Grimm billigte den Beschuß des Parteivorstandes unter gleichzeitiger Annahme einer Erklärung, in der u. a. die Universalität der Arbeiter-Internationale gefordert wird. Die schweizerische Sozialdemokratie versteht darunter nach dem Inhalt

der Erklärung die Hinzuziehung der Russen zur Arbeiter-Internationale. Der rechte Flügel der Partei schließlich forderte den Anschluß an die Internationale ohne jede weitere Erklärung. Er blieb mit 16 gegen 31 Stimmen in der Minderheit.

Blutige Opfer der neuen Kämpfe in China.

Nach Meldungen englischer Blätter wurden bei dem Feuergefecht zwischen Truppen Wupeisus und englischen Kanonenbooten auf dem Yangtze rund 2000 Chinesen getötet und verletzt.

Aus dem Reiche.

Die Herbstmanöver der Reichswehr finden vom 13. bis 21. September im bayrisch-württembergisch-badischen Grenzgebiet in Fronten zwischen der 5. und 7. Infanteriedivision statt. Von 13. bis 15. September übt zunächst jede Division für sich. Die eigentlich großen Manöver beider Divisionen unter der Leitung des Kommandeurs des Reichswehrgruppenkommandos II, General der Infanterie Reinhardt, dauern vom 17. bis 21. September, mit einem Ruhetag am Sonntag, den 19. September. Der leitende Gedanke des Manövers ist ein Angriff der 5. Division, den die 7. Division abzuwehren hat. Zu diesem Zweck wird die 5. Division durch das 9. Infanterieregiment (Berlin), ferner durch Spezialtruppen der 6. Division (6. Kraftfahrtabteilung, 6. Fahrtabteilung, 6. Nachrichtenabteilung und 6. Artillerie-Regiment) verstärkt. Die 5. Division erhält dadurch die für ihre Angriffsoperationen notwendige Beweglichkeit und artilleristische Feuerkraft, wie sie modernen taktischen Grundsätzen (zum Beispiel Infanterie auf Kraftwagen) befürwortet. konzentrischer artilleristischer Einsatz an der Durchbruchsstelle, Truppen- und Nachrichtenbewegungen in der Nacht usw.) entspricht.

Reichspräsident Hindenburg ist am Montag abend aus seinem Ferienaufenthalt in Überbayern nach Berlin zurückgekehrt.

Die Wirtschaft bei der Habsburger Stadibank nimmt immer weiteren Umsatz an. In der Stadtkreditentlastung gab Oberbürgermeister Dr. Riva zu, daß es sich bei den Krediten, die Bankdirektor Berger unbefugterweise gegeben hat, um mindestens 5½ Millionen Mark handelt. Berger habe Jahre hindurch durch raffinierte Manöver die Stadt getäuscht und nicht weniger als 75 Konten bewilligt, bei denen großer Schaden entstanden sei. In neun Fällen habe er Kredite zwischen 100 000 und 750 000 Mark gegeben, die überhaupt nicht bewilligt waren. Die Gesamtsumme der ungedeckten Kredite beläuft sich auf 5 279 000 Mark. Ein Antrag der Sozialdemokraten und der Kommunisten sprach dem Oberbürgermeister und dem verantwortlichen Bürgermeister das Misstrauen aus. Die Mehrheit der Rechtsparteien, der sogenannte Ordnungsbund, stimmte jedoch gegen diesen Antrag und begnügte sich damit, dem Magistrat seine Missbilligung auszusprechen.

Der Gemeinderat des Preußischen Landtages, der am Dienstag seine Arbeiten im Halle Jahns wieder aufnehmen wird, hatte die Absicht, noch vor Zusammentritt des Landtagsplenums seine Untersuchungen endgültig abzuschließen, nachdem er bereits bis jetzt bei nahe 30 Sitzungen hinter sich hat. Die Absicht des Ausschusses, jetzt zum Ende zu kommen, ist aber wieder fraglich geworden, weil die Akten des Justizministeriums, die für die Arbeiten des Ausschusses gebraucht werden, bei den verschiedenen Stellen zerstreut sind. Es handelt sich dabei besonders um die Akten Bulle und Grütté-Lehder, ferner um die Akten im Memorandum Künzer. In letzterem Falle ist bekanntlich die Revision vom Reichsgericht verworfen worden und die Akten liegen beim Staatsministerium, weil Grundengeschäfte eingereicht sind. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der Ausschuss bereits nach wenigen Verhandlungstagen neuerlich vertagt werden muß.

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair)

Autorisierte Übersetzung von Hermann zur Mühlen.
[46] (Nachdruck verboten)

Fünfzehntes Kapitel.

Jimmie Higgins wird Volkshilf.

Der Winter nahte, die Farmarbeiter strebten den Städten zu, diesmal jedoch nicht als herbergslose Arbeitslose, nein, jeder war ein kleiner König. Jimmie begab sich nach der Stadt Ironon und fand eine Stelle in einer großen Automobilfabrik, mit einem Lohn von acht Dollars täglich. Als erstes begann er für einen Fahrradkarren zu arbeiten. Nicht etwa, daß er der zwei Dollars bedurfte, es war bloß zum Leitprinzip seines Lebens geworden, das Profitsystem dort zu kämpfen, wo er konnte. Die kapitalistischen Zeitungen dieser mittelwestlichen Großstadt föderierten wütende Angriffe gegen die Proletarier, die in Kriegssachen gegen ihr Vaterland "krierten". Und Jimmie beschuldigte seinerseits jene, denen das Vaterland "unterwandt" mit "Unternehmer" war und die den Krieg als Vormund benötigten, um den Arbeitern seiner heiligsten Rechte zu beraubten.

Auch in Ironon gab es eine sozialistische Dringungsgruppe, die noch immer dauerhaft und entschlossen war, trotzdem die Polizei ihr Verein durchsucht und die meisten ihrer Zeitungen und Zeitungen verboten hatte. Doch war es jetzt möglich, Blätter drucken zu lassen, und durfte man auch den Krieg nicht mehr direkt angreifen, so konnte man wenigstens Englands demokratische "Begierde" in Irland verhindern, auf die Provinz der Kriegsgegner hinzuwirken und eine Dienstpflicht des Bevölkerungs als Voraussetzung der Kriegerlichkeit jadern. Einige ehemalige Sozialisten wurden allerdings ebenso fest, wie der heutige Arbeitstag aus Kriegsgegenen, der wenn es den Arbeitern angetragen sollte, eine Sicherung des Kriegerkriegs garantieren und denen soziale Unfreiheit und Beschäftigungssucht beibringen.

Im Spätsommer gehörte etwas, das Jimmie Higgins später erzählt haben will, als dies der Fall war. Ein Junge hörte die Stimmen der Revolutionären bewegen, was er glaubte, was die ersten erfolgreichen Revolutionskrieger geschehen. In Irland bekämpften die irischen Sozialisten die eigene Regierung, genau wie Jimmie dies in Amerika tat. Sie wurden von den kapitalistischen Kriegsgegner unterdrückt, die die Kolonialregierung hatten und sie die soziale Macht we-

rkennen wollten. Professor Dr. Mann, Dozent für Genossenschaftswesen an der Handelsakademie Mannheim, wurde die Vorlesungsberechtigung entzogen. Er hatte im Auftrag des Landgerichts Düsseldorf in einem Zinswucherprozeß ein Gutachten erstattet, wonin er die Zinsforderungen der Banken bei valorisierten Darlehen, die bis zu 15% täglich gingen, als Wucher und Verbrechen bezeichnet. Der Verein der Bankiers von Rheinland und Westfalen und die Badische Pfälzischen Banken erreichten es beim Senat der Handelsakademie, daß Dr. Mayr daraufhin gemahngestellt wurde. Da über die Handelsakademie auch die Stadt Mannheim ein Wörtlein mit zu reden hat, ist zu hoffen, daß diese standöse Angelegenheit noch nicht endgültig erledigt ist.

Ein völkischer Schwund ist zusammengebrochen. In Frankfurt am Main stand in der Nacht vom 3. zum 4. August der Arzt Lippold den Tod. Er wurde mit einem schweren Schädelbruch am Fuße des Gutenbergsdenkmals aufgefunden. Seine Begleiter erklärten der Polizei, Lippold sei das Opfer eines politischen Überfalls geworden. Lippold war bekannt als Führer rechtsextremer Verbände. Wo sie im Lager der Rechten eine ungeheure Hebe gegen die Linken, partete ein, deren Anhänger als "politische Mörder" Lippolds angeprangert wurden. Die rechtsextremen Blinde sahen Lippolds Beerdigung auf dem Verhängnisstag an und gestalteten sie zu einem wütigen nationalsozialistischen Rummel. Die Untersuchung, die die Frankfurter Polizei über den rätselhaften Tod Lippolds anstellte, hat jetzt zu einer Klärung geführt. Einwandfrei ist festgestellt, daß sich Lippold seinen Tod selbst zuzuschreiben hat. In angeherrtem Zustand hatte er in jener Nacht mit seinem Anhang eine Weile abgeschlossen und das Gutenberg-Denkmal erklomm. Dabei stürzte er ab und dog sich die tödliche Verlehung zu. Über schon als die Polizei eintraf, hatten sich die Rechtsradikalen das Verleumundermäßchen von dem Überfall politischer Gegner durchgemacht!

Unfähig der Tagung des Hauptausschusses des deutschen Städtebundes am 17. September in Stettin findet am Freitag, vormitag 8 Uhr, im kleinen Saal des 2. Obergeschosses des Städtischen Konzerthauses (am Königsstor) eine Gruppensitzung der SPD-Delegierten statt. Es ist Pflicht aller Parteidiensten, welche die Tagung besuchen, so zeitig in Stettin einzutreffen, daß sie an dieser Sitzung teilnehmen können.

Der Eisenbahnattentäter Schlesinger — ein völkischer Agitator!

Raum war die Kriminalpolizei auf die Spur der beiden D-Zugattentäter gekommen und waren ihre Namen bekannt geworden, da begann in der rechtsextremen, vor allem der völkischen Presse, eine antisemitische Hebe, weil einer der Täter den Namen Schlesinger trägt. Solch eine gemeinsame Tat könnte nur von einem Juden ausgeholt und durchgeführt sein. Nachforschungen in Stuttgart hatten zwar sehr rasch ergeben, daß Schlesinger und seine Verbündeten weder der Rasse noch der Konfession nach Juden sind, was die völkische Presse aber natürlich nicht ahnt, ihre Hebe weiter zu betreiben. In Bamberg wurde sogar die Behauptung vom "Juden Schlesinger" geschmückt mit den nötigen Kraftausdrücken, in einem Anschlag an den Säulen wiederholte. Dieser Vorgang gab aber Anlaß, auch in Bamberg eine nähere Untersuchung über die Person des Attentäters Schlesinger anzustellen. Dabei stellte sich heraus, daß Schlesinger vor sechs Jahren einige Zeit in Bamberg weilte, und zwar als Mitglied der Ortsgruppe Bamberg des "Völkischen Schutzbundes". Damals, am 2. Juli 1920, wurde Schlesinger, der leidige Eisenbahnattentäter, durch rechtsextreme Strafbefehl des Amtsgerichts Bamberg wegen nicht genehmigter Verbreitung von Flugschriften antisemitischen Inhalts zu 35 Mark Geldstrafe eventuell 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

Polen verzögert die Übergabe der Chorowwerke. Der deutschen Gesandtschaft in Warsaw wurde laut WTB, eine Note der polnischen Regierung übergeben, in der vorgesetzten wird, in schiedsrichterliche Unterhandlungen über die deutschen Ansprüche auf die Chorowwerke in Oberschlesien einzutreten. Die polnische Regierung schlägt vor, daß die "Bayrischen Stickstoffwerke", als die in Betracht kommende deutsche Gesellschaft, sich unmittelbar an die Direktion der Chorowwerke wenden und ihre Ansprüche formulieren soll. Die Direktion von Chorow ist von der Regierung zur Führung von Unterhandlungen ermächtigt worden. Sofern die Verhandlungen dieser unmittelbar interessierten Kreise kein Ergebnis zeitigen sollten, würden die Regierungen beider Staaten die Angelegenheit in ihre Hände nehmen.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 13. September.

1 Pfund Sterling	20,366	100 fr. Francs	12,10
1 Daler	4,194	100 ung. Kronen	12,419
100 hell. Gulden	188,18	100 Schweizer Francs	81,05
100 belg. Francs	11,465	100 Peletas	64,17
100 norw. Kronen	91,92	100 schwed. Kronen	112,18
100 Danzig-Gulden	81,36	100 000 ung. Kronen	5,872
100 Lite	15,13	100 östl. Schilling	59,20
100 dän. Kronen	111,47	100 Iatom	46,41

Mesopotamien erhalten, Frankreich das deutsche Rheingebiet, Italien die adriatische Küste; Ägypten und Syrien sollten zwischen den drei Mächten geteilt werden.

Was aber Jimmie Higgins am charakteristischsten und bedeutendsten erschien, war, daß diese wichtigen Entwicklungen von der kapitalistischen Presse Amerikas völlig unterdrückt wurden. Sie brachten eine kurze Notiz: Die Volkswirtschaft behaupteten, daß dies Geheimverträge seien, doch bestürzten gerechtigkeitsbewußte über den Schriftsteller, Auszeichnende, Bürgerliche Abdeutungen der britischen, französischen und italienischen Diplomaten wurden veröffentlicht, dann ward die ganze Sache totgeschwiegen! Kein Wort mehr über die Geheimverträge, mit Ausnahme von ein oder zwei amerikanischen Zeitungen, die eine alte ehrenvolle Tradition aufrechterhalten hatten, einzige und allein die sozialistische Presse brachte den ganzen Text dieser Entwicklungen. "Was hältst du jetzt von unseren herrlichen Missionen?" rief Jimmie Higgins den Arbeitern in der Fabrik zu. "Was hältst du von unserer Außenpolitik?" Wußte nicht jeder Arbeiter, dem beratige Tatsachen vorgelegt wurden, entdeckte, daß Jimmie Higgins im Recht sei, und daß er trotz seiner Einsicht und Bekanntheit in der Welt etwas Großes zu leisten habe?

Jimmie befand sich im lieben Jimmie, er schritt gleichsam auf Wolken dahin, endlich endlich eine proletarische Regierung, die erste in der Geschichte! Eine Regierung, zusammengekehrt aus Arbeitern gleich ihm, die selbst die Verwaltung des Landes in der Hand halten, ohne Polizei und Bankiers regieren. Und die Proletarier treten vor die ganze Welt hin und reden die Wahrheit über Staatsangelegenheiten, in einer Sprache, die der gesamte Mensch zu verstehen vermag! Das Herz wird aufgelöst, der Arbeiter heimgekehrt. Die Herren werden aus den Fabriken vertrieben, Arbeitertäte an ihre Stelle gesetzt. Der schmutzige kapitalistische Presse werden die Annoncen entzogen und sie wird dadurch schamgelegt! Unter kleiner Freude kannte Jimmie eine Menge zum Zeitungsfest an der Straßenende, um die Zeitung zu kaufen und das Neueste zu erfahren; meist eilte er dann sofort die Straße entlang, viel zu aufgereggt und verzweigt, um an sein Frühstück zu denken!

Jimmie hatte in Ironon eine neue Bekanntschaft gemacht; der kleine Schneider Robin, dessen Vorname Schönen lautete, was Schneider bedeutet. Sofort kam ein Empfehlungsschreiben an seinen Bruder, der Chorus, Freiheit, hielt. Sobald am Nachmittag die Arbeitszeit in der Fabrik zu Ende war, läufte Jimmie eine Wiederkehr und stellte Chorus' Schneiderladen an, wo sich dann die beiden in die Nachrichten vertieften. (Fortsetzung folgt)

Geplante Erklärung zur Silverberg-Rede

findet in der Presse der bürgerlichen Mittelparteien eine freudige, aber zugleich einseitige Unterstreicherung. Man hält sich dort an den Satz, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsführer für positive Mitarbeit in der Regierung sei und hofft daher bereits wieder einmal auf Möglichkeiten der Großen Koalition. Die Einwendungen gegen die einzelnen sachlichen Positionen der Industrieführer, die Leipart gleichzeitig gemacht hat, übergeht man dagegen oder nimmt sie wenigstens nicht allzu schwer. Der Hinweis des Führers der freien Gewerkschaften, daß die Entscheidung über die Koalitionsfrage bei der Partei liege, wird allerdings zur Kenntnis genommen. Wir glauben aber, daß auch dieser Hinweis sehr falsch gedeutet wird, wenn man ihm entnehmen wollte, daß die Große Koalition gegenwärtig rasch und einfach zu bilden wäre, wenn die Sozialdemokratie nur wollte. Ein Bekennnis zur Republik seitens der rechten Flügelmänner einer solchen Koalition kann doch unmöglich als Grundlage dafür angreichen, wenn gleichzeitig in allen wirtschaftlichen und finanziellen Gegenwartsfragen der einseitige Unternehmerstandpunkt schroff festgehalten wird.

Wenn man anstelle allgemeiner Redewendungen uns endlich einmal sagen wollte, welche Tagesforderungen der Sozialdemokratie denn durch eine Koalition im Reich jetzt verwirklicht werden könnten, könnten wir das Koalitionsgerede überhaupt erst ernst nehmen. Bisher ist im Verlauf aller Reden und Artikels darüber auch nicht ein einziger solcher Programmfpunkt irgendwie deutlich bezeichnet worden. Leipart selbst hat sogar feststellen müssen, daß gleichzeitig mit dem Koalitionsangebot die Industriellen den gewerkschaftsfeindlichen Gedanken der Wirtschaft wieder aufgenommen haben. Wo bleibt da noch der Raum für "positive" Mitarbeit? Die Antwort darauf wären die Bürgerlichen den Erklärungen des Gewerkschaftsführers schuldig! Die Deutschnationalen bieten täglich jeden politischen Preis für Ministerposten. Diese Konkurrenz wird kein Sozialdemokrat überbieten wollen!

Vom Deutschen Juristentag.

Köln, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Deutschen Juristentag war der Verlauf der Verhandlungen über die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse besonders bemerkenswert. Der Berichterstatter, Professor Dr. Jacoby-Letzig, stellte sich im großen und ganzen auf den Standpunkt, daß die Untersuchungsausschüsse in ihren Rechten nicht eingehend zu werden dürften, daß die Forderung des Gutachters Rosenburg, die dahin ging, daß die parlamentarische Untersuchung eines Verbrechens erst nach Beendigung des gerichtlichen Strafverfahrens beginnen dürfe, unannehmbar sei und daß es notwendig erscheine, durch ein Reichsgesetz das Verfahren der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse festzulegen. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld erklärte, daß von irgendwelchen Eingriffen der parlamentarischen Ausschüsse in die Unabhängigkeit der Richter keine Rede sein könne. Die Fragestellung sei aber im Falle einer möglichen Kollision zwischen Rechtsprechung und parlamentarischen Ausschüssen, welches von beiden Interessen von größerer Bedeutung ist, das Interesse des Staates an der Beleidigung gewisser Richter oder das Interesse an einer geordneten Rechtspflege. Die Antwort könnte nicht zweifelhaft sein. Zudem habe die Praxis der parlamentarischen Ausschüsse ihre Nützlichkeit erwiesen. So habe ihre Tätigkeit dazu geführt, daß die Bestimmungen zur Abgabe von Posttakten geändert wurden, daß der Minister für Volkswirtschaft in Verbindung mit der Höfle-Affäre durch einen entsprechenden Entschluß bestehende Mängel beseitigt habe, daß im Herbst dem Reichstag vorgelegt werde, das das Untersuchungshaft regelt usw. Im weiteren wandte sich Rosenfeld gegen die Forderung des Berichterstatters Jacoby, den parlamentarischen Ausschüssen das Recht der Beleidigung der Zeugen zu nehmen und die Einforderungen von Akten durch Behörden oder öffentliche Beamte zu unterlassen.

Die Ausführungen des Genossen Rosenfeld wurden von einem großen Teil der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Auch zwei Vorsitzende von parlamentarischen Ausschüssen, ein Volksparteier und ein Zentrumsmann, sprachen sich für die Nicht-einschränkung der Ausschubbefugnisse aus. Erwähnenswert ist unter anderem noch die Rede des Rechtsanwalts Alsborg, der die Kritik an den parlamentarischen Ausschüssen durch den

Hinweis parierte, daß diese ja erst einige Jahre ihre Tätigkeit ausübten, während z. B. trotz des 50-jährigen Bestehens der Strafprozeßordnung jüngst ein Fall passiert sei (er meint damit die Magdeburger Höfle-Affäre), wo eine blinde Frau nach einer Gelegenheitsstellung mit der in Frage kommenden Person vereidigt wurde.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld und eine Anzahl anderer parteiigenössischer Juristen beantragten mit Rücksicht darauf, daß die Untersuchungsausschüsse weder die Unabhängigkeit der Richter noch die Durchführung von Strafverfahren beeinträchtigen, in erster Linie von allen Forderungen auf Aenderung der Verfassung Abstand zu nehmen. Im Falle der Ablehnung dieser Entschließung beantragten die Genossen, daß man wenigstens für die Untersuchungsausschüsse fordern müsse das Recht der Beleidigung, das Recht auf unbefristete Vorlegung von Akten und das Recht der Sanktionspolizei gegen ungebührlich austretende Auskunftsperipheren.

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Juristen.

Köln, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag tagte in Köln bei zahlreicher Beteiligung die dritte Reichskonferenz der sozialdemokratischen Juristen. Eröffnet wurde die Konferenz durch Gen. Kurt Rosenfeld. Er stellte fest, daß die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen sich stets als Teil der Gesamtpartei betrachtet habe und ihre Aufgabe darin sehe, ein dienendes Mitglied der Arbeiterbewegung zu sein. Im Namen der österreichischen Genossen begrüßte Eisler die Versammlung. Die österreichischen Juristen hätten erst vor kurzem in einer Aussprache in Wien die völlige Einigkeit mit den Entscheidungen der deutschen Genossen feststellen können. Diese Einigkeit sollte noch weiter gesichert werden durch gemeinsame Erörterung der Probleme der bevorstehenden Strafrechtsreform, gegen deren augenblickliches Zustandekommen die österreichische Partei jedoch eine ganze Reihe großer Bedenken trage.

Genosse Stelling betonte im Namen des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie, daß die Vereinigung sich in ihrer nützlichen Tätigkeit auf dem richtigen Wege befindet und in jeder Beziehung auf die Unterstützung der Partei rechnen könne.

In einem ausführlichen Geschäftsbericht legte Genosse Ruben als Vorsitzmitglied die Aufgaben dar, die vor der Vereinigung als einem dienenden Mitglied der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen. Es handele sich nicht allein darum, die Fachgenossen zu erfassen, sondern auch mit den in der Praxis der Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterschaften, Verwaltungsbeamten und dergleichen mehr zusammen zu wirken. Neben der juristischen Behandlung der für die Arbeiterbewegung wichtigen Probleme gelte es, den juristischen Nachwuchs zu beeinflussen, mit den sozialistischen Studienorganisationen und den Referendar-Künsten zu nehmen, für die Heranbildung von Rechtseinrichtern zu sorgen, parlamentarische Vorarbeiten zu leisten, in der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen mitzuwirken. Sache der Arbeitsgemeinschaft ist es, für die Reform des Strafverfahrens und an der sozialen Gerichtshilfe aktiv teilzunehmen. Alle diese Aufgaben müssen zu erfüllen sein, wenn es gelingen werde, sämtliche Fachgenossen zusammenzufassen und zu rechter Mitarbeit zu gewinnen.

Nachdem die Versammlung einem Antrag des Genossen Radbruck zugestimmt hatte, der die Praktik der Gegenstände der Tagung als rein informativ erklärt, schritt man zur Erledigung der Tagesordnung. Es handelte sich darum in kurzen Referaten und noch kürzerer Aussprache, unverbindlich zu den Fragen Stellung zu nehmen, die Gegenstand der Verhandlungen des augenblicklich in Köln tagenden Deutschen Juristentages sind. So sprach als erster Genosse Radbruck zur Frage der Inhaftierung von Überzeugungsverbrechern. Er ging von seiner Forderung der Festsetzung einer besonders ehrenhaften Haft für den Verbrecher aus sitztlicher, politischer und religiöser Überzeugung aus, daß die Verhöhung der Strafe gemeinsam mit den gemeinen Verbrechern stets zu Unzuträglichkeiten führen müsse. Man dürfe die Durchführung einer milderen Haft für Überzeugungsverbrecher nicht dem Strafzug allein überlassen. Es sei natürlich eine heile Sache, dem Richter die Feststellungen zu überlassen, ob ein Überzeugungsverbrecher vorliege oder nicht, doch sei auch durch eine Aufzählung der Überzeugungsverbrechen im Geiste wenig gedient. — Die Debatte ergab teilweise Widerprüche gegen diese Ausführungen, vor allem im Hinblick auf die Auswirkungen solcher Bestimmungen in der heutigen Klassenjustiz.

Es folgte das Referat des Genossen Sinzheimer über die Haftung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern für unzulässige Amtshandlungen. Der Referent stellte sich in dieser für die Gewerkschaft so wichtigen Frage auf den Standpunkt, daß die Haftung der Betriebsverbände die Form einer beschränkten Buße haben müsse und daß unter diesen Umständen auch die Gewerkschaften sich in rechtssichere Vereine umwandeln müssten.

Es folgten dann kurz die Referate über „Parlamentarische Ausschüsse“, über „Das Auslieferungrecht“ und über „Die Ausdehnung der Jurisdicione des Strafgerichtshofs“.

Zum Schlusshörte die Versammlung die Referate der Genossen Eisler-Wien und Dobriner-Deutschland über die Strafrechtsreform. Genosse Eisler betonte im Namen der sozialdemokratischen Partei Österreichs, daß diese den Augenblick

für die Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches für äußerst ungünstig halte. Die Haftbedingungen seien derartig, daß die regierende Partei der Christlichsozialen irgend ein forschrittlisches Gesetz nicht zustande kommen würde. So sieht sich die Partei gezwungen, trotz der so verlorenen Rechtsangreifung und der wirklich forschrittlischen Teile des Entwurfs ihm fast gegenüberzutreten. Hinzu kommt noch der Umsatz, daß auch in Österreich der Niederstand reaktionär sei, noch reaktionär aber als in Deutschland sei hier der richterliche Nachwuchs. Erst der Vorhandensein eines demokratischen Richtertums werde die Möglichkeit geben, ein neues Strafgesetzbuch ins Leben zu rufen. Genosse Dobriner ergänzte die Ausführungen vom reichsdeutschen Standpunkt.

Ihren Niederschlag fanden die Referate in einer Entschließung, die einstimmig von der Versammlung angenommen wurde. Darin heißt es: „Die dritte Reichskonferenz der sozialdemokratischen Juristen erwartet, daß es angeht, daß in der letzten Zeit immer unerträglicher gewordenen, mit der allgemeinen demokratischen Entwicklung in immer stärkeren Gegensatz geratenen Klassen- und Parteijustiz Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, mit allen Kräften für eine schneide und umfassende demokratische Justizreform zu sorgen. Die sozialdemokratischen Juristen versprechen, die Partei in der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen. Eine vom Parteivorstand einzuführende Kommission ist zu beauftragen, unverzüglich ein Aktionsprogramm zur Justizreform auszuarbeiten und dem Parteivorstand wie der Reichstagsfraktion einzureichen.“

Die Tagung des Verbandes der Landesversicherungsanstalten.

die dieses Jahr vom 8. bis 10. September in Freiburg in Baden stattfand, war von rund 150 Teilnehmern besucht, darunter etwa je 35 Vertreter der Versicherungen und der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber waren diesmal etwas stärker vertreten; auch war eine Konferenz der Arbeitgebervertreter einberufen worden, was früher nie vorkam. Von den Behörden waren vertreten: das Reichsarbeitsministerium durch Ministerialdirektor Grieser und Ministerialrat Martinik, das Reichsversicherungsamt durch den Präsidenten Schäffer, die badische Regierung durch den Minister Remmel.

Zur Begrüßung wies Ministerialdirektor Grieser darauf hin, daß die Invalidenversicherung, deren Träger die Landesversicherungsanstalten sind, heute rund achtzehn Millionen Versicherte umfaßt; an etwa 300000 Personen bezahlt sie Renten. Unter den Zweigen der Sozialversicherung steht die Invalidenversicherung an zweiter Stelle; sie sei die natürliche Fortsetzung der Krankenversicherung.

Im Geschäftsbericht wies der Verbandsvorsteher Heinrich Schröder auf das leite Abänderungsgebot hin, das die Beendigung der Waisenrente und der Kinderzuschüsse vom 18. auf das 15. Lebensjahr der Kinder herabsetzt. Das Gesetz bringt keine nennenswerte Entlastung, da andererseits bei Berufsausbildung der Kinder die Rente bis zum 21. Jahr und bei ihrer Erwerbsunfähigkeit oder beschränktheit bis zu ihrem Tode zu zahlen sei. Auch bringt das Gesetz viel Verwaltungsarbeit. Vertreter des Finanzministers, belohnte, daß 1926 zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Invalidenversicherung nicht mehr das nötige Gleichgewicht bestehen. Eine Erhöhung der Beiträge werde nicht mehr zu umgehen sein. Präsident Schäffer meinte, daß die Anstalten im nächsten Jahre ihre Renten in Anspruch nehmen müßten, da die Wirtschaft nicht weiter angepannt werden könne. Ministerialdirektor Grieser ist der Auffassung, daß die Anstalten leicht für eine Erhöhung der Beiträge eintreten könnten, da ja nicht sie, sondern der Reichstag das zu regeln habe. Die soziale Versicherung müsse in übrigen vereinheitlicht werden.

Den Standpunkt der Versicherungen legte dann in längeren Ausführungen Weller vom ADGB Berlin dar. Die Arbeitnehmer erklärte er, halten die heutige Form ihrer Mitwirkung längst nicht mehr für ausreichend. Eine vom ADGB vorgenommene Umfrage ergab, daß bei manchen Versicherungsanstalten die Versicherungsvertreter nur zu ganz geringer Mitarbeit herangezogen werden. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen hat einen Versicherungsvertreter seines Amtes enthoben, weil er Kritik an der Geschäftsführung geübt hatte. Die Versicherungen wenden sich entschieden gegen eine Kürzung der Leistungen. Auch die Altersgrenze für den allgemeinen Bezug der Invalidenrente von 60 Jahren muß bestehen bleiben. — Im Anschluß an die Darlegungen Wellers wurde dann einstimmig eine längere, aber wenig belästigende Entschließung angenommen. Sie betont, die Beiträge zur Deckung der Laien reichen nicht mehr aus, sie müßten also spätestens im Herbst eine gesetzliche Neuregelung erfahren. Wie das gelingen soll, wird nicht gesagt.

Hierauf folgte eine längere Aussprache zum Bericht, über die vom Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose herausgegebenen Richtlinien, die für die Bekämpfung der Tuberkulose neue Wege weisen. Die Richtlinien werden den Versicherungsanstalten zur Anwendung empfohlen. Am Schlusshörte Regierungsdirektor Weller noch das Verhältnis der Invalidenversicherung zur Unfallversicherung, zur Altersversicherung, zur Rentenversicherung und auf die Dauer unerträglich sei. Eine neue Abgrenzung des Versicherungskreises sei dringend notwendig. Auch müsse der oft gutage getretenen Bevorzugung der Angestelltenversicherung durch die Gesetzgebung entgegengesetzt werden.

Aus aller Welt.

Weitere Ausbreitung der Typhusepidemie in Hannover.

Die Typhusinfektionen in Hannover sind immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Bis Montag abend waren rund 780 Typhuskranken in den städtischen Krankenhäusern und Seuchenbaracken eingeliefert worden. 14 Todesfälle waren bis dahin zu verzeichnen. Man nimmt an, daß die Epidemie etwa Mitte der Woche ihren Höhepunkt erreicht und dann langsam abschauen wird. Um die Kranken unterbringen zu können, wurden weitere Schulgebäude geschlossen, jedoch hat man bisher davon abgesehen, die Schulen allgemein zu schließen. Von Dienstag morgen an eröffnet die Stadtverwaltung drei Impfstellen, wo der Bevölkerung Gelegenheit geboten ist, sich einer freiwilligen Schutzimpfung zu unterziehen. Von einer Zwangsimpfung hat man bisher Abstand genommen.

Ein Dollar-Angebot an Dr. Peltzer.

Dem-deutschen Weltmeister Dr. Peltzer hat eine amerikanische Filmgesellschaft nach seinem Sieg über Wibe und Kurem ein Jahresentommen bis zu 50.000 Dollar und außerdem ein Handelsfeld von 10.000 Dollar angeboten, wenn er für die Gesellschaft im Film tätig sein wollte. Dr. Peltzer hat abgelehnt.

Ein neuer Versuch Biermöller's.

Bei einem Festabend des Kölner Schwimmklubs Poseidon zu Ehren Biermöller's wurde mitgeteilt, daß dieser bis jetzt bereits am Montag zusammen mit seinem Trainer Borenszweig nach Calais begibt, um einen neuen Versuch der Durchquerung des Kanals zu unternehmen und den von dem französischen Michel eroberten Weltrekord zurückzugewinnen.

Das Tod in Augsburg.

In Augsburg ereignete sich am Sonntag bei einem Boxwettkampf ein schwerer Unfall. Der südbayerische Meister Haubinger vom Turnverein Augsburg schlug in der dritten Runde das Mitglied Lotter vom Bierkönig Augsburg durch Kinnhaken zu Boden. Lotter fiel dabei mit der Halswirbelsäule rückwärts gegen die Seite und mußte weggetragen werden. 15 Minuten

wurden sie sich darüber, daß es unmöglich sei, an dieser verlassenen Stelle auf einen glücklichen Zufall zu warten, der sie aus ihrer peinlichen Lage befreien könnte. Sie beschlossen, ungedacht ihrer trostlosen Verfassung, ihren Weg zu Fuß fortzusetzen. Doch, wer beschreibt ihr Erstaunen, als sie eine halbe Stunde später einen Wanderer begegneten, die ebenso nachts waren, wie sie selbst. Sie empfanden nun wenigstens den süßen Trost, im Unglück Genossen zu haben. Während sich die Damen schamhaft hinter Büschen verbargen, traten die Herren nach erfolgter Vorstellung, die unter diesen Umständen rechtlich komisch gewickt haben muß, zu einem Kriegsrat zusammen. Man lachte sich durch höfliche Kontversation und Beteuerungen der Solidarität über das Ungewöhnliche des Zusammen treffens hinweg, und entsloß sich, gemeinsam den Weg zur nächsten menschlichen Besiedlung zurückzulegen. Die Wanderer hatten Glück im Unglück, denn sie fanden nach kurzem Marsch den von den Räubern verlassenen Kraftwagen, in dem sich die Gesellschaft, so gut es eben ging, niederließ. Die Damen lauerten sich auf den Boden im Wagentinner, um sich neugierigen Blicken zu entziehen. Kurz darauf fuhr der Kraftwagen vor der nächsten Polizeistation vor, wo es recht erstaunliche Gesichter gab. Die Behörden erklärten, daß es sich um Schandaten einer Räuberbande handle, die von einem berüchtigten Verbrecher namens Nitolisch mit dem Beinamen Goldräuber geführt wird. Obwohl ihm die hochsächsischen Gendarmen unablässig auf den Fersen ist, hat er es doch bisher immer verstanden, sich allen Nachstellungen mit Erfolg zu entziehen.

80 Kilometer Bücher.

Die Bibliothek des Britischen Pavillons umfaßt nach dem neuesten Bericht über 4 Millionen Bände, und zur Aufstellung dieser Riesenbibliothek sind Regale nötig, die eine Strecke von 80 Kilometern einnehmen. Die Bibliothek hat jährlich einen Zugang von etwa 40.000 Büchern, und die Reihe der Regale wird dadurch jährlich um etwa 1½ Kilometer verlängert. Eine Verlegung der Bibliothek ist über in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, sondern es werden immer neue Räume für diese Riesenbibliothek geschaffen.

Zwanzigtausend Meter Werkzeug.

In der Nacht zum Montag wurde die 120.000 Einwohner zählende japanische Stadt Hiroshima von einem schweren Unwetter heimgesucht, das 80.000 Häuser unter Wasser gesetzte. Bislang zählt man 80 Tote und 20 Vermisste, 80 Personen sind vermisst geschildet. Die Bodenverschiebungen in der Erde sind unterbrochen, zertrümmerte Brücken eingestürzt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. September.

Filmsaison und Arbeiterschaft.

Zur beginnenden Saison der Lichtspieltheater sind auch für das Winterhalbjahr 1926/27 eine Anzahl neuer Filme geschaffen worden. Die Produktion erstreckt sich auf verschiedene Gebiete. Ein wesentlicher Progenstak der Produktion fällt unter die militärische Kategorie. Wenn man die Fachpresse verfolgt, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus, in welcher Form versucht wird, den Geist der Kriegszeit den breiten Massen des Volkes durch das moderne Mittel, das Lichtspieltheater, in noch erhöhtem Maße zu übermitteln. Ganze Serien von *Friedericus-Fox-Filmen*, unter den verschiedensten Titeln, kolonial und Schlachtenfilme, herzergreifende Dramen für das deutsche Mutterherz werden geschrieben und verfilmt, alles dient dazu, den Militarismus in irgendeiner Form dem Volke anzudringen. Und in der Tat stimmen bedauerlicherweise große Teile der indifferenter Arbeiterschaft die Rassen zu diesen Sensationsschlägern. Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, in allen Betrieben, auf dem Nachhauseweg und bei allen Begegnungen mit Klassengenossen, diesen das Verwirrliche ihrer leichtfertigen Befriedigungssucht verständlich zu machen. Ein durchgreifender Boykott muss diese nationalistische Filmindustrie zum Stillstand bringen. In Breslau wird das *Arbeiter-Sport* fortsetzen dabei wieder im breitesten Maße behilflich sein.

Eine große Zahl ausgesuchter, wirklich guter Kultur- und Spielfilme, auch Produkte der neuesten Herstellung, werden durch die Karlsruhe im Gewerkschaftshaus auf die Leinwand gebracht werden. So wie es in der vergangenen Saison möglich war, große Filme wie „Kreis Volt“, den „Faro-Film“ und alle „Panzerkreuzer Potemkin“ zu mäßigen Preisen der Arbeiterschaft zu Gehör zu bringen, so wird es auch in dieser Saison möglich sein, große Werke darunter einige revolutionäre Filme, in Zweitauf- oder Drittaufführung für das Gewerkschaftshaus-Lichtspieltheater abzuschließen. Wir wollen heute nur einige nennen; die in nächster Zeit in Uraufführung in Breslau laufen werden: „Der Kurier des Jaren“, „Das Höhlenkind“, „Sibirien“, „Der Sohn der Berge“, „Die Bärenhochzeit“, „Das graue Haus“, „Dagwin läuft Schneeschuh“, „Der Wolfschäfer“, „Die Berufsen“, „Die Unschuld“.

Die Filmindustrie geht jetzt auch dazu über, Opern und Operetten zu verfilmen. So werden wir bemüht sein, die Filme „Carmen“, „Beethoven“ und andere abzuschließen. Auch für eine Quippielwoche werden wir Sorge tragen. Ganz neu bringt die Karlsruhe für alle Filmabende eine variable Woche ein.

Die Eintrittspreise sind dieselben wie im Vorjahr, also außerordentlich niedrig. Der Einheitsplatz wird auch weiter beibehalten. Die Erwerbslosen zahlen wiederum nur 25 Pfennige, die Erwerbstätigen auf allen Plätzen 50 Pfennige. Neu ist des weiteren eine fassentechnische Regelung, die für die Kinder in Frage kommt. Nebenall dort, wo sich zehn Kinder geschlossen zusammenfinden, sei es in Schulen oder Vereinen oder in einzelnen Wohnhäusern, wird der Preis auf 20 Pfennige ermäßigt und des weiteren bei zehn Billets das erste gratis dazu gegeben. Auf diese Art können die Kinder der erwerbslosen Eltern immer ein Freizeit erlangen. Wir bitten, die Kenntnis von dieser Neuerung im Kreise der Arbeiterschaft weitgezehrt zu verbreiten. Der Mieterat des Hauses, der Kinderleiter des Vereins oder der Lehrer in der Schule hat die Gelegenheit, für die ärmsten der Armen Vorträge zu schaffen.

Die ersten Vorführungen sind am 30. September und 1. Oktober, um 4½ Uhr, für Erwerbslose und Kinder, 6½ Uhr und 8 Uhr für Erwerbstätige.

Der Streit um den Erwerbslosenrat

hat die Oeffentlichkeit meist recht falsch informiert gezeigt. Die Annahme, daß örtliche Behörden, Magistrat oder Regierungspräsident aus eigener Willkür heraus den bisherigen Zustand geändert wissen wollen, ist durchaus irrig. Richtig ist, daß wohl in seiner Stadt noch ein „Erwerbslosenrat“, das in der Stellung wie hier bestanden hat, da der im offiziellen von den städtischen Behörden unterstützten Wahlen gewählt wurde, dem ein Amtsraum in städtischen Räumen zur Verfügung gestellt wurde, und der noch eine besondere, wenn auch geringe, Entschädigung erhielt. Vom v. e. u. k. s. h. e. n. W o h l f a h t s m i n i s t e r i u m wurde mehrfach auf das Unfaßhafte eines solchen Zustandes hingewiesen, der niemand weiß, begründet ist. Das Wohlfahrtsministerium hat nun den hiesigen Behörden aufgegeben, diesen Zustand jetzt, wo die Amtsrauer des bisherigen Erwerbslosenrates abgelaufen war, zu ändern. Aus diesem Grunde die Weiterleitung dieser Anordnung durch die hiesigen Behörden, denen aber ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Davon unberührt bleibt natürlich das, was wir bereits mehrfach gesagt haben, daß eine Vertretung der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften und für alle Erwerbslosen durch die Sozialdemokratische Partei stattfinde. Was die Sozialdemokratische Partei im Laufe des letzten Jahres, ganz besonders im letzten Winter, alles getan hat, ist noch so frisch in Erinnerung, daß darüber näheres zu sagen, nicht notwendig ist.

Hundsfeld für Eingemeindung.

Die Stadtverordneten-Versammlung von Hundsfeld hat am Freitag den Eingemeindungsvertrag mit der Stadt Breslau mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen. Obermagistratsrat Dr. Krumbreich aus Breslau gab vorher die nötigen Erläuterungen zu diesem Vertrage. Bezüglich der baulichen Bestimmungen seien die Außenbezirke frei von jedem Zweige. Die Eingemeindung wirkt sich zunächst dahin aus, daß die Breslauer Einrichtungen auch der anderen Gemeinde zur Verfügung stehen. Die städtischen Beamten und Arbeiter werden unter Wahrung ihrer bisherigen Ansprüche in die günstigeren Breslauer Verhältnisse übernommen. Man sei bestrebt, die Polizeibeamten angemessen unterzuordnen im Statthalter- und Einzelhandelsdienst, auch werde man sich auf Wunsch für ihre Ueberführung in den Staatsdienst einsehen. Die Ermächtigung der Steuern handhabt Breslau stets in sozialem Sinne (für Hundsfeld handelt es sich hier um die Hundsfeld, Lützenau, und Wertzumwinkel). Die Regelung der Strafenauflösen sei eine Verwaltungsaangelegenheit. Bezüglich der Kanalisation erhebe Breslau eine Kanalschluß- und eine jährliche geringe Kanalgebühr. Der Anschluß an das Straßenbahnnetz soll durch Autobus hergestellt werden. Wenn notwendig, würde der direkte Anschluß an die Straßenbahn erfolgen.

An die Vereine des 14. Kreises
im Arbeiter-Turn- und Sportbund!

Zur Bundesfeier

am 19. September soll nicht nur in Leipzig ein würdevoller Festtag sein. In allen Orten Deutschlands und Deutscher Reichs, wo Bundesvereine unseres Arbeiter-Turn- und Sportbundes bestehen, muß dieser Tag ein besonderes Gepräge erhalten. In allen Orten Schlesiens, wo anlässlich der 25-Jahrfeier des Internationalen Gewerkschaftsbundes Veranstaltungen der Gewerkschaften stattfinden, muß von einer gesonderten Feier oder Demonstration der Arbeiter-Turn- und Sportvereine abgesehen werden. Jedoch soll bei den turnerischen und sportlichen Wettkämpfen am 19. September, nachmittags um 3 Uhr, oder wo dieser Termin nicht innezuhalten ist, eine Stunde später, der Wettkampf, das Spiel, unterbrochen und von einem Bundesgenossen in kurzen, frischen Worten auf die Bedeutung des Tages für den Arbeitersport und die Volksgesundheit hingewiesen werden.

Um 3 Uhr nachmittags, wenn in Leipzig die Staatsfeier mit den Glückwünschen aus allen Teilen Deutschlands, aus Frankreich, Belgien, der Schweiz, Österreich, der Tschechoslowakei und Lettland eintreffen, müssen auch die Arbeiterturner und Sportler aller Orte Schlesiens der Eröffnung der ersten Hochschule für die Körperkultur der Arbeiterschaft gedenken.

Denkt daran, daß dem bürgerlichen Sport für die Erbauung einer Hochschule eine Million vom Reichstag bewilligt wurde, bevor der erste Spatenstich getan wurde, während für unsere fertiggestellte Hochschule der Reichstag keinen Pfennig bewilligt hat!

Läßt uns am 19. September geloben, wie die aus eigenen Kräften geschaffene Hochschule für Körperkultur es soll, auch in Zukunft durch unsere Arbeit in den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen der Volksgesundheit zu dienen.

Der Kreisvertreter.

Weibliche Parteifunktionäre!

Mittwoch, den 15. September, abends 8 Uhr,
Zimmer 9, Gewerkschaftshaus

Wichtige Versammlung.

Neben wichtigen Mitteilungen hält Genosse Karl Maché einen lehrreichen Vortrag.
Erscheinen aller dringend notwendig!

Eltern, Genossen, Freunde!

Sonabend, den 18. September, abends 7½ Uhr, erfolgt in der Gerhart-Hauptmann-Schule, Vorstraße, unser Bildervortrag

„Das proletarische Kind“.

Das Erscheinen aller Arbeitertümern von unserem Sichtteil Grübbchen und Süden ist äußerst notwendig. Jeder, dem die Erziehung von größtem Interesse und größter Wichtigkeit ist, jeder, der will, daß seine Kinder nicht der bürgerlichen Gesellschaft als späteres willenloses Ausbeutungsober Objekt anheimfallen sollen, muß mit der Erziehungsmethode der noch bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung brechen. Nur an euch liegt es, ihr Eltern, wenn hier nicht bald eine Rendition eintreten. Schickt euch zusammen in unserem Elternverein der Arbeiter-Kinderfreunde und schickt eure Kinder zu uns in die Gruppen, und ihr selbst erscheint an unserem Elternabend, wie oben angegeben ist, am 18. September, wo euch das weitere noch bekannt gegeben wird.

Elternbeiräte der Liste Schulfortschritt!

In Schulfragen wird jede Woche Freitag nachmittag von 5 bis 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Rat und Kunst erarbeitet. Zu erfragen im Parteisekretariat.

Wir bitten

alle Mitglieder des Büchertreffs, das Septemberfest und das Buch für das dritte Quartal, „Lieb und Leben“, reicht bald unter Vorlegung der Mitgliedsliste in der Volkswacht-Buchhandlung, nur Neue Graupenstraße 5, abholen zu wollen.

Theaterkarten im Verkehrsbüro im Hauptbahnhof.

Der Verkehrsverein Breslau hat in seiner neuen Auskunftsstelle im Hauptbahnhof (Verkehrshalle) nunmehr auch den Verkauf der Karten für die hiesigen Theater und Varietés übernommen. Diese Einrichtung soll den Reisenden Gelegerheit geben, gleich bei ihrer Ankunft sich mit Theaterkarten zu versehen. Der Verkauf findet wöchentlich von 8 bis 4 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 bis 12 Uhr vormittags, statt. In der Auskunftsstelle werden auch Flugscheine verkauft, sowie Kürzer- und Wegkarten. Ferner werden Werbeschichten aus allen Teilen Deutschlands und zum Teil auch aus dem Auslande ausgegeben, Hotel und Pensionsszimmer wie ständige möblierte Zimmer nachgemietet. Die Auskunftsstelle erzielt weiter Aufschluß über alles Wissenswerte von Breslau und Schlesien, wie idyllische Städte, Gebirge und Bäder, Wochenendfahrten.

Es ist zu hoffen, daß das Publikum von dieser Einrichtung gegen Gebrauch macht. Die Auskunftsstelle des Verkehrsvereins befindet sich nach wie vor am Hauptbahnhof 1, Ecke Gartenstraße. Sie ist wöchentlich von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Auch sie verkauft Flugscheine, Kürzer usw. Der Theaterkartenverkauf findet aber nur in dem Verkehrsbüro im Hauptbahnhof, Verkehrshalle, statt.

Zur Vermeidung von Gasexplosionen.

Die Verwaltung der städtischen Rohrnetzbetriebe schreibt uns: Eine unglücklich erfolgte, glücklicherweise demoralisierend harmlose verlauechte Gasexplosion gibt uns Gelegenheit in Erinnerung zu bringen, wie sich unsere Gasabnehmer im Falle einer Gasausströmung zu verhalten haben. Wacht sich in einem geschlossenen Raum Gasgeruch bemerkbar, so ist durch Deffinen der Fenster und Türen für eine schnelle und kräftige Durchlüftung zu sorgen und der Hauptbaum der Gasleitung umgedreht zu schließen. Insbesondere sind auch die oberen Fensterflügel zu

öffnen. Ein Betreten des Raumes mit offener Flamme (Streichholz, Kerze, brennender Zigarette usw.) sowie das Ein- und Ausschalten elektrischer Anlagen (Funkenbildung) ist unbedingt zu unterlassen. Vor allem darf auch kein Abrechnen der Gasleitung vorgenommen werden, vielmehr ist die städtische Störungsstelle (Städtische Rohrnetzbetriebe, Leitungstrakt Nr. 3) durch Boten oder Fernsprech (Ohle 8140 bis 8120) sofort zu verständigen. Unser Personal wird alsdann die Ursache der Gasausströmung feststellen und für deren Beseitigung Sorge tragen.

Kirchensteuer und Zwangsvollstredung.

Als Ausdruck einer vielsach vorhandenen Stimmung veröffentlichen wir folgende Tuschrit aus dem Lehrerkreise:

Zum allgemeinen Entstehen der nichts ahnenden Bevölkerung werden plötzlich durch das Finanzamt von Arm und Reich 15 Prozent Kirchensteuer unter Androhung von Zwangsvollstredung eingefordert, wenn nicht in 31 Halbjahrsträten an das Finanzamt bezahlt ist. Es ist dies ein abnorm hoher Steuerbetrag, der in der heutigen Zeit als unvereinbar mit dem Volkswohl bezeichnet werden muß, wie die nachfolgende Zusammenstellung beispielweise ergibt:

	M	M
Berdienst	55,00	225,00
Abgänge:		
an Staatsbeamten	5,00	20,00
an Angestelltenversicherung	2,25	9,00
an Invalidenversicherung	1,40	5,60
an Krankenversicherung	4,20	16,80
an Erwerbslosenversicherung	1,50	6,00
an Lebensversicherung	2,50	10,00
an Organisation	1,20	4,80
an Bekleidung und Schuhwerk	4,00	16,00
an Miete	12,00	48,00
	34,05	136,20
hierzu noch 15 % Kirchensteuer	0,75	3,00
	34,80	139,20
verbleibt für Lebensunterhalt nur	21,20	85,80

Bei dieser geringen Summe, die für den Lebensunterhalt verbleibt, ist der Notshrei unserer Hausfrauen, daß das Kostgeld gar nicht mehr langt, sehr verständlich.

In vollständiger Verkennung der Schwierigkeiten in der heutigen Volkernährung und Volkswirtschaft glaubt man auf den gebotenen Rücken der Armut immer neue Lasten aufzuhängen zu können, die doch besser der Reichtum allein tragen kann. Wer in aller Welt hat denn in Breslau die Gnade erzielt, die hohe Kirchensteuer auch von den Lohnarbeitern einzuziehen, von den Kindern zu beenden, und diese noch mit der Zwangsvollstredung zu bedrohen! Wenn dabei von beiden christlichen Konfessionen wieder über die sich mehrenden Kirchenaustritte geklagt wird, dann brauchen sich unsere weltfremden Kirchenwälder nicht zu wundern. Es läßt sich doch niemand der Vollzugsbeamten wegen der Kirchensteuer ins Haus kommen! Wer sich überzeugen will, der besuche das Zimmer 147 unseres Amtsgerichts, 1. Stock, dort werden täglich die Kirchenaustritt-Eklärungen entgegengenommen. Interessant ist ein Vergleich der Einnahmen der Landesversicherung mit denen der Kirche. Die Landesversicherungsanstalt erhebt doch nur von den Versicherungspflichtigen im Mittel 1 Mark an Beiträgen pro Woche, die Kirche aber erhält von der Gesamtheit, einschließlich Vermögenden, die 15 Prozent Kirchensteuer, das im Durchschnitt eine sehr große Summe ausmacht. Die Landesversicherung zahlt laufend Millionen an Alters- und Invalidenrente, Helfer- und Hinterbliebenenfürsorge, die Kirche zahlt nichts, außer einigen Brodalen, die in keinem Verhältnis zu den Riegenentnahmen stehen, die dem Geldumsatz völlig entzogen werden, in der ja bekannten toten Hand verschwinden. Auffällig erscheint hierbei, daß alle Leistungen der Kirche, bei Kindtaufen, Hochzeiten, Beerdigungen, noch extra bezahlt werden müssen. Die Hinterziehung so großer Kapitalien kann unser verarmtes Volk nicht mehr aushalten.

Noch toller und bestremender erscheinen die Dinge, wenn man das neueste Flugblatt für evangelische Familienhilfe als soziale Tat loben hört. Ein Verwaltungsrat ohne Namensnennung, Geschäftsstelle Agnesstraße 8, verspricht bei 1 Mark Eintritt und 50 Pf. bis 2,50 Mark Wochenbeitrag.

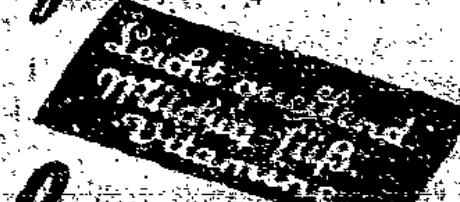
- 60 Mark Traubeihilfe,
- 40 Mark Taupeihilfe,
- 40 Mark Konfirmationsbeihilfe,
- 25 bis 200 Mark Starbegeld,
- 400 Mark Starbegeld bei Unfall.

Es ist dies ein feines Geschäft! Wer ist der Verwaltungsrat für evangelische Familienhilfe ohne Namensunterschrift? Die Gnadenmittel der Religion sollen doppelt und dreifach mit Gold aufgewogen werden. Hier ist etwas nicht in Ordnung! Vor allem muß alsbald die Höhe des Kirchensteuers festgesetzt werden.

Aus den Gefilden der Agrarier.

Am 11. Juli war in Striese ein Vergnügen gewesen, zu dem auch die beiden Schweizer des Dominiums gegangen waren. Da saß in einem Dörre für die jungen Leute selten Gelegenheit bietet, sich zu amüsieren, nutzten die beiden Schweizer dieses ordentlich aus und kamen erst um 23 Uhr nach Hause, denn um 23 Uhr müssten sie an ihre Arbeit gehen. Der Oberstabschweizer hatte aber ihr langes Ausbleiben bemerkt und deshalb teilte er am Morgen an die beiden Bäckereien und Schläge aus. Diese waren über solche Behandlung empört, es kam zum Wortwechsel zwischen ihnen und dem Oberstabschweizer und dieser entließ sie lächelnd sofort aus der Arbeit. Da sie nun arbeitslos waren, hatten sie auch nichts zu essen. In der Nacht verschafften sie sich deshalb Eingang in den Milchstall des Dominiums, tranken etwas Milch und nahmen sechs Mark bareres Geld mit. In den nächsten Tagen wurden sie von den Landjägern verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Breslau eingeführt. Am Sonnabend standen die beiden 22-jährigen, unbekleideten jungen Leute vor dem Eingrichter, um sie wegen Einbruchs die Türe zum Milchstall mittels einer Zange geöffnet. Sie waren sofort gefängnislos und gaben als Motiv zur Tat an, daß sie Hunger gehabt hätten. Die Milchstallstrafe bei einem Einbruchsdiebstahl sind drei Monate Gefängnis. Auf diese Strafe erkannte der Richter gegen jeden. Sieben Wochen wurden jedem auf die Unterbringungshaft angerechnet, doch hat ihnen der Richter eine Bewährungsstrafe verlängert. Daß die jungen Leute noch nicht verdorben sind, zeigte ihre Sorge darum, wo sie eine Stellung bekommen werden, wenn sie aus dem Gefängnis kommen.

Für Poltarme, für alle die geistig arbeiten und für jeden, der einer Kräftigung bedarf:
zum Frühstück **Knorr Haferflocken**



Die wichtigste Aufgabe der Werbewoche!

Gescheiterte Einigungsverhandlungen.

Nichtige Vorbehalte des Deutschen Beamtenbundes.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund schreibt uns: Die zwischen Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund geführten Verhandlungen über die Gründung einer einheitlichen Beamtenorganisation sind gescheitert, und zwar in der Organisationsfrage, in der sich gegrenzende Meinungsverschiedenheiten ergaben. In der letzten Verhandlung vom Freitag war vom Deutschen Beamtenbund die Erklärung abgegeben worden, daß er nur das Prinzip der reinen Beamtenorganisation anerkenne könne und deshalb unter Zustellung einer bestimmten Übergangszeit von den Spartenverbänden, die Arbeiter bzw. Angestellte und Beamte organisieren, die Loslösung der bei ihnen organisierten Beamten fordert. Demgegenüber wurde vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund befördert, daß in den Vorbesprechungen vor Anfang an die Voraussetzung bestanden habe, daß die Beamtenverbündungen der gemischten Verbände ebenso wie sie jetzt dem ADB angehören sind, in Zukunft auch der neuen einheitlichen Beamtenorganisation angehören müssen, damit eine Erfassung aller Beamten gesichert ist. Der ADB hat in den Verhandlungen an diesem Grundsatz festgehalten, während bei dem DBB es für untragbar gehalten wurde, daß dem neuen Gewölbe gemischte Verbände angehören, die mit ihren Arbeiter- und Angestelltenverbänden gleichzeitig den freien Gewerkschaften angeschlossen sind. Vom DBB wurde befürchtet, daß durch diese enge Verbindung mit den auf sozialistischem Boden stehenden Richtungswerkstätten die Neutralität in Gefahr kommen könnte, da man die freien Gewerkschaften als an die Sozialdemokratische Partei gebunden ansieht. Das ist der gleiche Standpunkt, den der Deutsche Beamtenbund 1922 eingenommen hatte und den damals ein Hauptanstoß zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes war.

Aus derselben Haltung heraus ergaben sich auch grundständliche Meinungsverschiedenheiten über die Zusammenarbeit mit den Spartenorganisationen der Arbeiter und Angestellten. Der ADB hatte gefordert, daß nur mit solchen Spartenorganisationen zusammengearbeitet werden soll, die zur Anerkennung der Grundsätze des neuen Bundes bereit sind, weil er nur in der gemeinsamen Grundstimmung die Voraussetzung für ein erfolgreiches Zukunftswohl sehen kann. Er hat bezeugt, daß der Christliche Deutsche Gewerkschaftsbund für diese Zusammenarbeit auf Grund seiner bisherigen Haltung gegenüber dem Berufsbeamtenbund und seiner Auslegung des Begriffes der parteipolitischen Neutralität, die einseitig gegenüber der Sozialdemokratie aufgehoben wird, nicht die Gewähr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bieten kann. Aus den Verhandlungen ging ferner hervor, daß zwischen DBB und den Verbänden des Christlichen Gesamtverbandes bereits eine weitgehende Übereinstimmung erzielt worden ist, sowohl in den grundständlichen als auch in den organisatorischen Fragen. Die seit Jahresfrist bestehenden Annäherungsversuche zwischen diesen beiden Richtungen dürften also zum Erfolg geführt haben.

Kundgebung der Leipziger Gewerkschaften.

Leipzig, 14. September. (Eigener Funkbericht.)

Am frühen Morgen des 25-jährigen Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Einleitung der gewerkschaftlichen Werbewoche hatte das Gewerkschaftskomitee in Leipzig am Montagabend zu einer Demonstration aufgerufen. Tausende von Arbeitern und Angestellten marschierten mit Fackeln und Musikkapellen nach dem Augustusplatz. Es war eine gewaltige Kundgebung des Probebedarfs, und die Veranstaltung bildete einen guten Auftakt zur beginnenden gewerkschaftlichen Werbewoche. Drei Redner hielten Ansprachen, die mit einem Hoch auf den Internationalen Gewerkschaftsbund endeten. Das Leipziger Volkshaus war anlässlich der Feier reich geschmückt.

Der neue Überblick

Über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden

im Jahre 1925 bringt, wie aus den Mitteilungen der letzten Nummer des Reichsarbeitsblattes (Nr. 33) hervorgeht, gegenüber 1924 eine Erweiterung der staatlichen Angaben. Die Zusammenstellung enthält eine genauere Bezeichnung des Streitgegenstandes, ferner die Angabe, auf wessen Antrag das Schlichtungsverfahren oder das Verfahren auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts eingeleitet wurde und schließlich noch Feststellungen darüber, welche Arbeitnehmergruppen von dem Streit betroffen waren und, Feststellungen, wieviel Arbeitnehmer, sowie wieviel Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände an der Streitfrage beteiligt gewesen sind, und ebenso Angaben über den weiteren Verlauf der unerledigten Streitfälle werden erst bei den Erhebungen für das Jahr 1926 berücksichtigt werden. Ihre Ermittlung für 1925 hätte die Schlichtungsausschüsse zu sehr belastet.

Die Zusammenstellung der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse im Jahre 1925 zeigt folgendes Bild: Die Zahl der Schlichtungsausschüsse beträgt 119, die der selbständigen Zweigämtern 24. Streitgegenstand war Lohn oder Gehalt in 9428 Fällen. Arbeitszeit 729, sonstige Arbeitsbedingungen 2610. Auf Antrag der Arbeitgeber wurde das Verfahren eingeleitet in 957 Fällen, der Arbeitnehmer 1118, der Arbeitgeber und -nehmer 123 und von Amts wegen 162. Der Streit betraf Arbeiter in 10 493 Fällen, Angestellte 1789, Arbeiter und Angestellte 77. Die Zahl der erledigten Schlichtungsverfahren vor Schlichtungsausschüssen beträgt 12 360. Von den Schlichtungsausschüssen wurden erledigt vor Festsetzung einer Verhandlung 692, im Vorverfahren 1519, nach Vorverfahren im Verfahren vor der Schlichtungskammer 9817, nach anderer Weise 532. Von den vor der Schlichtungskammer verhandelten Fällen wurden erledigt durch Eingang 1262 Fälle, durch Schiedsgericht 7686, durch sonstigen Beschluss 769. Von den Schiedsgerichtlichen bedurften 270 nicht der Annahme, weil sie gemäß §§ 75, 80 BGB. bindend waren; von beiden Seiten angenommen wurden 3177, von einer oder beiden Seiten abgelehnt 4289. Von den abgelehnten Schiedsgerichten wurden erledigt durch Beschluss der Verbindlichkeitserklärung 601, durch Ablehnung des Verbindlichkeitserklärung 1033 und auf andere Weise 2605. In die 12 360 Schlichtungsverfahren, die 1925 von den Schlichtungsausschüssen erledigt wurden, fielen 322 Fälle nicht einbezogen, in denen die Streitparteien ihre Anträge zurückzogen. Die ständigen und die vom Reichsarbeitsminister bestimmten besonderen Schlichter erledigten 1058 Schlichtungsverfahren. Im ganzen wurden somit im Jahre 1925 12 350 plus 1058 Schlichtungsverfahren erledigt. Die Zahl der 1924 erledigten Schlichtungsverfahren bei den Schlichtungsausschüssen betrug 16 480 und bei den Schlichtern 2095. Wir haben also im Jahre 1925 einen Rückgang der Verfahren bei den Ausschüssen um 4220 oder 25 Prozent und bei den Schlichtern um 1037 oder 48,5 Prozent.

Arbeitnehmerleute als Landarbeiter.

Mithilfe zur Sozialfürsorge.

Dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Bundes wurde aus Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß dort in zwei Fällen eine unberechtigte Beschäftigung von Reichswehrleuten durch landwirtschaftliche Unternehmer stattgefunden hat. Der erste Fall spielt auf dem Gut Uhlenhorst, Kreis Geraföhrde. Dort wurden Arbeiter mit 60 Pfennig Stunzlohn und Mittagslohn angestellt. Nach der ersten Lohnzahlung erhielten die Leute trotz mündlichen Vertrages nur 50 Pf.

fällt den Funktionären in den Betrieben und den Mitgliedern zu. Sie dürfen es in dieser Woche noch weniger als sonst in der Agitation bei dem bewenden lassen, was von den Ortsverwaltungen, Ortsausschüssen, Bezirksleitungen und Zentralvorständen geschieht. Jedes Mitglied, Frau und Mann müssen sich von selbst kräftig rütteln. Alle müssen sich, angespornt von ihrer Überzeugung, vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selbst wieder einmal vertiefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich auch aus eigenem Können das Material vergegenwärtigen, das zur Werbung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Überzeugungskraft besitzt und den Widerreden der Umtworbenen standhält. Wir müssen auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgesetzte Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage zu sein, auf jeden Einwand eine neue und einleuchtende Begründung zur Werbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen. Nun, an die Arbeit!

"Econom. Obosrenje" (1926, Januar), dem wir diese Zahlen entnehmen, betont ausdrücklich, daß in einer Reihe von Industriezweigen, so insbesondere in dem graphischen Gewerbe, in der Papier- und in der Graphikindustrie, das Akkordsystem noch wesentlich ausgebaut werden müsse.

Kongress der französischen Grubenarbeiter.

Paris, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittag ist in dem Gewerkschaftshaus der Grubenarbeiter in den 20. Kongress der nationalen Föderation der französischen Grubenarbeiter eröffnet worden. Es ist sehr wahrscheinlich daß im Laufe des Kongresses die Delegierten der Grubenarbeiter aufgefordert werden die Stellungnahme der französischen Grubenarbeiter zu dem englischen Grubenstreik zu präzifizieren. Ihrer Aussicht nach wird ein Antrag eingebracht werden, ein Referendum bei allen französischen Grubengewerkschaften zu veranstalten um festzustellen ob es nicht opportun sei, einen internationalen Streik in den Kohlenbezirken zu veranstalten, um die englischen Arbeiter zu unterstützen für den Fall, daß ihre Forderungen bis Ende des Monats nicht erfüllt sein sollen.

Die englischen Grubenbesitzer verharren in Ablehnung des nationalen Lohn- und Arbeitszeitabkommen.

London, 14. September. (Eigener Funkbericht.)

Die Grubenbesitzer haben am Montag abend Churchill schriftlich mitgeteilt, daß sie jede Verhandlung über ein nationales Lohn- und Arbeitszeitabkommen im Bergbau ablehnen.

Breslauer Gewerkschaftsveranstaltungen zur Jubiläumswoche.

In dem Hinweis „Gewerkschaftsveranstaltungen während der J.G.B. Jubiläumswoche“ (Sonnabendnummer der Volkswoche) ist bei der Aufführung der Gewerkschaftsveranstaltungen ein Fehler unterlaufen. Es soll heißen:

Gemeindearbeiter: Dienstag, den 14., abends 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Staatsarbeiter: Mittwoch, den 15., abends 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8

Funktionärerversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Bahnhofsviertel Breslau.

Am Sonntag, den 12. September, fand eine gut besuchte Funktionärskonferenz im Gewerkschaftshaus statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung hielt der Betriebssekretär Kollege Adler Hannover einen vorzüglichen Vortrag über das Thema Betriebsräte, wohrt eure Rechte!

Solche Vortragsmotive verdienen schärfste Kritik. Hier wird den Reichswehrleuten eine Rolle zugemutet, die den arbeitersfeindlichen Bestrebungen der landwirtschaftlichen Unternehmer dienen soll und die sie in den Augen jedes gerecht denkenden Menschen herabsehen muss. Jede wirtschaftliche Bewegung der Landarbeiter verzerrt unter diesen Umständen ihren Sinn.

Obwohl das Wehrkreiskommando in Stettin in der Sache bereits beschäftigt wurde, wird auch das Reichswehrministerium nicht umhin können, sich dazu zu äußern. Es wird vor allem zu erklären haben, durch welche Maßnahmen für die Zukunft ein ähnlicher Missbrauch der Reichswehrleute verhindert wird.

Solche

Die 10. internationale Arbeitskonferenz, die im nächsten Jahre stattfinden wird, hat es in einem Teil ihrer Tagesordnung der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" angetan. Daß diese Tagung sich mit der Schaffung von Richtlinien für gewerkschaftliche Freiheit befassen wird, will diesem Blatt gar nicht in den Kopf und sein einziger Trost besteht darin, daß die Vorarbeiten hierfür noch nicht allzuweit vorgezeichnet seien.

Zu diesem Punkt gibt übrigens die "Arbeitgeberzeitung" der Vermutung Ausdruck, daß die Auseinandersetzung gewerkschaftlicher Freiheit in Italien bestimmt gewesen sind, diesen Punkt für die nächste Konferenz ins Auge zu lassen. Ganz Unrecht hat sie mit dieser Annahme nicht. Wer bestimmt ist sie im Fazit, wenn sie meint:

"Ob man sich der Illusion hingibt, durch internationale Proteste, Resolutionen und Konventionen usw. die italienische Regierung zu einer Anerkennung der freien Gewerkschaften zu bringen, wissen wir nicht. Sicher aber ist, daß diese Annahme falsch wäre. Die Zukunft wird dies lehren."

Die Zukunft wird manches lehren, was der "Arbeitgeberzeitung" heut noch unsichtbar erscheint. Wir verstehen, daß diesem Blatt und der von ihm vertretenen Heilsrichtung im Unternehmerräger das "System" der Schändung gewerkschaftlicher Freiheit, wie es Mussolini betreibt, außerordentlich sympathisch ist. Aber wir leben nicht in Mussolinien, und auch dort werden die Gewerkschaften wieder ihre Bedeutung und Freiheit erlangen, die ihnen zusteht. Das wird die Zukunft lehren.

Das Akkordsystem in der Sowjetunion.

Das Akkordsystem genießt die größte Popularität bei den Leitern der sowjetischen Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Besonders seit der sogenannten Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsleistung im Sommer 1924 wird das Akkordsystem in immer weitreichendem Umfang angewandt. So haben in der gesamten Industrie in Akkord gearbeitet:

im 4. Jahresviertel 1924	48,5 v. H. aller Arbeiter
1.	1925 52,0
2.	1925 53,3
3.	1925 54,9
4.	1925 57,3
1.	1926 58,6

Vom Oktober 1924 bis März 1926 ist das Anwachsen der Zahl der Akkordarbeiter noch bedeutender: sie ist von 45,3 v. H. auf 58,8 v. H. d. h. um 30 v. H. gestiegen. Über die Anwendung des Akkordsystems in den einzelnen Industriezweigen geben folgende Zahlen, die sich auf März 1926 beziehen. Außschluß:

Trikotagen- und Schneiderindustrie	77,1 v. H.
Metallverarbeitung	68,2
Textilindustrie	64,9
Lederindustrie	63,2
Chemische Industrie	63,1
Erzgewinnung	61,8
Kohlengewinnung	49,4
Holzindustrie	44,5
Nahrungsmittelindustrie	36,5
Graphisches Gewerbe	34,2
Papierindustrie	27,2
Kaufmännische	10,5

Die Jubiläumssieger des J.G.B. in Paris. Anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der Gewerkschaftsinternationale wird am 18. September in Paris im "Trocadero" eine große Volksfeier veranstaltet werden, auf der unter anderem der Generalsekretär der Freien Gewerkschaften, Jouhaux, das Wort ergreifen wird.

Kongress der Textilarbeiterinnen. In Ausführung eines Beschlusses der Generalversammlung in Cassel hat der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den 11. und 12. Oktober nach Gera bekanntlich einem Zentrum des deutschen Textilindustrie, den ersten deutschen Textilarbeiterinnenkongress einberufen. Die reichhaltige Tagesordnung gewinnt besondere Bedeutung durch eine Reihe von Referaten über den Schuh der Textilarbeiterin gegen die Gefahren der Gewerbsarbeit, über Forderungen zum geistlichen Schuh der schwangeren Textilarbeiterin, über die politisch-wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeiterin im allgemeinen und besonders in der Textilindustrie, über die Textilarbeiterin in ihrer Tätigkeit als Vertreterin des Verbands und als Vertreterin des Akkordsystems, über die geschäftliche Bedeutung des Kampfes der Frau um politische und wirtschaftliche Gleichstellung mit dem Manne u. a. Mit der Konferenz soll eine große Demonstration der Textilarbeiterinnen Geras und der umliegenden Städte zugunsten des Schuhes der schwangeren Textilarbeiterinnen verbunden werden.

Reiche Deine hellende Hand den kämpfenden englischen Bergarbeitern!

Fehlerquellen der industriellen Rationalisierung.

Es ist sicher, soweit unter Rationalisierung Verbesserung der Betriebsleistung verstanden wird, ist dieser Prozeß in der deutschen Wirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt worden. Aber, so muß man sich fragen, warum hat weder die große Allgemeinheit der Konsumtiven noch die Volkswirtschaft von der Verbesserung der Betriebsleistung irgendwelche Vorteile? Denn es steht fest, daß weder der Konsument (in der Preisbildung), noch die Volkswirtschaft (in erhöhter Produktion), Vorteile von der erheblich vorgetriebenen industriellen Rationalisierung bis jetzt gehabt haben.

Neben anderen liegen bei diesen beiden Punkten die großen Fehlerquellen.

Was heißt Rationalisierung? Man kann vielleicht wie folgt formulieren:

1. Produktion durch Betriebsverbesserung.
 2. Preisentfernung durch die verbilligte Produktion.
 3. Verkürzung des Weges von der Produktion bis zur Konsumtion (durch Ausschaltung von Zwischenstufen) durch weitere Preisentfernung.
- Folgen: 1. Erhöhte Verbrauch.
2. Erhöhte Produktion.
3. Wiederbeschäftigung der durch Betriebsverbesserung freigesetzten Arbeitskräfte.

In solchem Rhythmus sollte eine industrielle Rationalisierung verlaufen.

Aber wie ist die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft in Wirklichkeit verlaufen? Sie macht nur den ersten Schritt, d. h. sie verbesserte die Betriebeinrichtungen und setzte Arbeitskraft frei. Aber auch dieser erste Schritt war noch unvollständig. Denn zu der Verbesserung der Betriebeinrichtungen investierte die Industrie nicht neue Kapitalien, sondern nahm das Geld aus den laufenden Einnahmen. Daher wohl verbilligte Produktion für den Unternehmer, aber keine Preisentfernung für den Verbraucher. Dass dies auch in Zukunft so bleiben soll, zeigt die Leipziger Herbstmesse. Trotz geringer Aufträge sinken der Preise.

Dass die einzelnen Phasen einer Rationalisierungsbewegung unterbrochen sind, hat aber noch andere Folgen. Die Betriebe sind wohl durch Verbesserung der Betriebeinrichtungen leistungsfähiger geworden, es kann mit geringerer Arbeitskraft

eine erhöhte Produktion erzielt werden, aber, weil der Rationalisierungsprozeß durch ein kurzfristiges Unternehmertum nicht in die zweite Phase, der der Preisentfernung, gelassen wurde, ist keine Kaufkraft da, eine erhöhte Produktion auch abzuschaffen. So ist jetzt das Schauspiel zu verzeichnen, daß die rationalisierten Betriebe gar nicht ausgenutzt werden können. Aber durch Anschaffung verbesselter, leistungsfähiger Maschinen ist der Kapitalwert des Betriebes gewachsen, die Verzinsung, Amortisation erheblich höher geworden. Dem steht keine erhöhte Produktion gegenüber. Und so reichen in diesen rationalisierten Betrieben nicht die bisherigen Preise zur Kostenbedeckung nicht aus. Daher die Tendenz des Anziehens der Preise wie es, wie bereits erwähnt, das große Wirtschaftsbarometer, die Leipziger Herbstmesse, uns zeigte. Denn eine nicht voll beschäftigte Wirtschaft ist trotz Betriebsverbesserungen, und Rationalisierung in erster Phase, eine sehr teure Wirtschaft.

Sie stehen wir heute infolge der Kurzfristigkeit und des Egoismus des Unternehmertums vor der erschütternden Tatsache, daß trotz eingeleiteter, allerdings unvollständig gebliebener Rationalisierung die bisherigen hohen Preise noch höher gehen werden. Die weitere Folge ist, daß die Kaufkraft noch geringer wird.

Was ergeben sich nun aus dieser Sachlage für die Arbeiterschaft für Konsequenzen?

Die Verzähnung zwischen Betriebsverbesserung und Preisentfernung herbeizuführen, um den natürlichen, mechanischen Rationalisierungsrhythmus in Schwingung bis zur letzten Phase (Wiedereinstellung freigesetzter Arbeitskräfte) zu bringen, können die Gewerkschaften nicht. Dem steht die Kartell- und Syndikatopolitik des Unternehmertums gegenüber, ein Gebiet, wo die Gewerkschaften keinerlei Einfluß haben.

Aber eine Gefübung der Wirtschaft müssen die Gewerkschaften lebensnotwendig haben. Das Wesentlichste am Gefübungsschritt ist aber: „Erhöhung der Kaufkraft und dadurch Belebung der Produktion“. Durch den Rationalisierungsprozeß ist aber, wie wir ausgezeigt haben, eine Erhöhung der Kaufkraft durch Preisentfernung nicht zu erwarten. Das Unternehmertum sieht es für gut, die Mechanik der Rationalisierung nicht zu verzögern, sondern zu unterbrechen. So bleibt unter diesen Umständen den Gewerkschaften weiter kein Weg übrig, als die wirkliche Wirtschaftsgefübung von der Lohnseite her anzugreifen.

Starke Überzeichnung der Preisanleihe in New York.

Die zur Zeichnung aufgelegten 20 Millionen Dollar 6½ prozentigen Bonds des Preußischen Staates sind unmittelbar nach Eröffnung der Zeichnungslisten stark überzeichnet worden; die Zeichnungen stammen aus allen Landesteilen.

Über Saatenstand und Ernteergebnisse

wird berichtet: Die an den nassen Verlauf der Witterung in den Monaten Juni, Juli und teilweise auch im Mai getünpte Erwartung, daß der August schön und trocken sein werde, hat sich nur teilweise erfüllt. Für die Erntezeitung der Ernte ist die veränderliche August-Witterung meist sehr störend gewesen. In ganzem war der bisherige Verlauf der Ernte zwar sehr schwierig wegen der Wetterstörungen und der starken Lagerung, aber noch leidlich befriedigend. Fast überall befinden sich noch Weizen und Hafer draußen, die übrigen Körnerfrüchte sind bis auf kleine Reste eingetragen. Die Brutschäfte haben fast überall entdeckt, denn die Mengen sind erheblich kleiner, als erwartet, oft bis zu 40 und 50 Prozent. Was die Einwirkung der August-Witterung auf die spätreife Körnerfrüchte angeht, so werden diese weniger gut beurteilt als im Vorjahr. Und zwar um 0,1 bis 0,3 Punkte. Von den Haferfelden haben die Kartoffeln durch die starke Nässe des Sommers empfindlich gelitten. Die Rüben- und Kohlarten werden allgemein günstig beurteilt, obgleich allerlei Ungeziefer ziemlich verbreitet ist.

Königsberg als Russlands Stapelpunkt.

Die sowjetrussische Regierung hat nach längeren Verhandlungen der Stadt Königsberg zugesagt, daß russische Häfen frisch nur noch an diesem Ort gehandelt werden. Zwischen der Getreideabteilung der russischen Handelsdelegation und der

Königsberger Hafenbetriebsgesellschaft wurde ein Vertrag für drei Jahre abgeschlossen, der den Russen die großen neuen Getreidespeicher zur Verfügung stellt. Man erhofft von diesen Abmachungen eine wesentliche Belebung des Königsberger Verkehrs sowie der Land- und Verarbeitungsbetriebe.

Gründung eines polnischen Zinshüttensyndikats.

Berichter der pol. idem Zinshütten traten in Katowitz zu Verhandlungen über die Gründung eines polnischen Zinshüttensyndikats, entsprechend dem Eisenhüttensyndikat, zusammen. Die Verhandlungen nahmen einen günstigen Verlauf und man erwartet das Zustandekommen des Syndikats bereits für die ältere Zeit.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. August ist die gesamte Kapitalsanlage weiter um 40,9 Millionen auf 1.167,7 Millionen zurückgegangen. In Reichsbanknoten und Rentenbanknoten lebten insgesamt 165,3 Millionen in die Kassen der Bank zurück. Der Rentennotenumlauf verminderte sich um 105,5 Millionen auf 2.756,1 Millionen Mark, und der Umlauf an Rentenbanknoten um 59,8 Millionen auf 1.193,7 Millionen. Die freien Gelder wuchsen um 100,5 auf 803,5 Millionen an. Die Bestände der Bank an Gold und Deckungsdiensten haben sich abermals verringert (um 21,5 Millionen auf 1.876,9 Millionen). Von der Beringerung sind wieder die Bestände an Deckungsdiensten betroffen, während sich die Goldbestände um 4249.000 Mark erhöhten. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein belief sich von 52,2 auf 54,2 Prozent, die Deckung durch Gold und Deckungsdiensten von 66,3 auf 68,1 Prozent.

Auch die AEG plant den Ausbau der Oelgewinnung aus Kohle. Zu diesem Zweck wird die zum AEG-Konzern gehörende Vereidelungs-G.m.b.H. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Aus Schlesien.

Seilbahnen im Riesengebirge?

Über den Bau von Seilbahnen im Riesengebirge verbreiteten in den letzten Tagen bürgerliche Breslauer Zeitungen die Nachricht, daß im Riesengebirge der Bau von drei Seilbahnen, die zum Kamm des Gebirges führen sollen, unmittelbar in Aussicht steht. Diese Behauptung wird von dem „Boten aus dem Riesengebirge“ entschieden dementiert. Die Möglichkeit des Baues von Seilbahnen ist zwar erörtert und auch zum Gegenstand einer Denkschrift gemacht worden, mit einer ernsthaften Ausführung des Projektes ist aber nicht zu rechnen.

Ein langer Weg.

Wegen Verhängung der Republik endlich 300 Mark Geldstrafe.

Wegen Beleidigung der Reichsärgerlichen hatte vor der Berufungskammer in Oppeln sich am Freitag der Speditionsmeister Emil Laska aus Guttentag zu verantworten. Laska war in der Nacht zum 20. Juni in betrunknen Zustande durch die Stadt getritten, hat friedliche Passanten bestohlt und die Garder schwart-zot-gold in unverschämtester Weise verachtlich gemacht. In erster Instanz, vor dem Amtsgericht Guttentag, wurde er dann unerhörlicherweise noch freigesprochen. Auf die Verhängung des Staatsanwalts erhielt er in zweiter Instanz nur wegen persönlicher Beleidigung 60 Mark Geldstrafe. Eine Verhängung der Republik wurde auch hier nicht für vorliegend angesesehen. Auch gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Beschwerde ein. Vor dem Großen Strafgericht in Oppeln wurde nun der Fall zum letzten Male behandelt. Nun kam der wieder mit dem alten Mützen, er habe nicht die Reichsärgerlichen, sondern nur das Reichsgericht gemeint. Zuletzt verlegte der völkische Held sich dann aufs Leugnen, er lag aber lästiglich doch den belastenden Zeugenaufrägen. Das Urteil lautete hier auf eine Geldstrafe von 30 Mark. Das Gericht freiließ sich auf den Standpunkt, daß der Angeklagte mit vollem Bewußtsein die Farben der Republik in gemeiner Art geschmäht habe.

Schwere Explosion auf der Gleiwitzer Grube.

2 Bergleute gestorben.

In einer Abhöhlung der Stütze der Staatlichen Gleiwitzer Steinkohlegrube erfolgte Sonnabend Nacht eine starke Explosion. Die Stütze geriet in Brand, und das Kompressionsgestänge brachte vollständig zusammen. Zwei Männer von der Bergbaufirma waren gestorben. Der Brand konnte bald gelöscht werden. Der entstandene Materialverlust ist durch Bergmeister gedeckt. Die Menge der Explosionswaben ist noch nicht festgestellt.

Eine weibliche Kämmereiarbeiterin

starb in Gefangenschaft der Roten Armee. Sie war der Sturznummer 41. Sie lebte ohne Freiheit zu verhindern. Die Frau, die über ein besiegtes Leben hinter ihr hat – während der Kriegszeit organisierte sie eine große Kämmereiarbeiterin – und über 20 Jahre und ein Jahrzehnt im Kämmereiarbeiterin wurde, hatte sich gegen 50 verschiedene Arten von Kämmereiarbeiterinnen zu verhindern. Sie wurde nach mehr als 7 Jahren freigesetzt.

Mädchen unterhielt mit dem Sohn eines Stellvertreters ein Liebesverhältnis und wurde darum von der Mutter ihres Sohnes drangsaliert, daß sie schließlich Gift nahm und darum verstarb.

Sagan. Falsche Zeitungsmeldung. Nach auswärtigen Zeitungsmeldungen sollte der Pilot Joachim, Kommandeur bei bei dem Flugtag in Sagan, der durch Absturz verunglückt, seinen Verletzungen erlegen sein. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Dem schwerverletzten Piloten mußte infolge Zeichen von Blutvergiftung im rechten Bein dasselbe amputiert werden. Joachim hat die Operation gut überstanden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Engerer Parteivorstand!

Donnerstag, den 18. September, findet nachmittags 8 Uhr eine sehr wichtige engere Vorstandssitzung im Parteibüro statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

J. A. G. Schiffer,

Feuer in Groß-Tschansch.

Zu einem Brandfeuer nach Groß-Tschansch wurde die Brandwache der Breslauer Feuerwehr gestern nachmittag, gegen 5½ Uhr, alarmiert. Es brannte dort eine circa 160 Quadratmeter große Scheune mit Erzeugnissen, Stroh, Heu und Getreide in ihrer ganzen Ausdehnung. Das Feuer, das mit 4 Schlauchleitungen angegriffen wurde, konnte auf seinen Herd beschränkt und eine daneben gelegene größere Scheune vor Schaden bewahrt werden. — Kurz vor 8 Uhr konnte die Landstreife wieder einrücken.

Deutsch-Pissa. Öffentliche SPD-Versammlung. Mittwoch, den 15. dieses Monats, abends 8 Uhr: Öffentliche Volksversammlung der SPD bei Conrad. Frau Stadtverordnete Käte Leu aus Danzig spricht über: „Der Kampf um das tägliche Brot“.

Herrmannsdorf. Nach einem zweijährigen Boykott gegen das Lokal des Herrn Gasde war es nun endlich möglich, einen Ausgleich zu finden. Herr Gasde erklärte sich rüberei, den Arbeitervereinen sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Schon in unserem Kampf um die Entsiegelung der Märkte stand hier eine gut besuchte Versammlung. Am 20. August wurde nun der einstige Beschluss gefaßt, wonach die Bonkofrager als für erledigt gilt. Mit der Aushebung des Boykotts beschäftigte sich am Mittwoch auch der Ortsratsherr, welcher dem Beschluss zustimmte. Das Lokal des Herrn Gasde wird nun auch von der Arbeiterschaft in Anspruch genommen werden. Der Anfang zur Geselligkeit gibt die Ortsgruppe des Reichsbanners am Sonntag, den 19. September, mit einem Stiftungseis.

Neumarkt. Sozialdemokratische Partei. Die am Sonntag abend einberufene Mitgliederversammlung hatte wiederum erfreulichen Besuch aufzuweisen. Nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden sowie Verleihung des letzten Prototypen, behandelte in einem ausführlichen Referat Genosse Schiffer (Breslau) das Thema: „Gewalt- oder Erfüllungspolitik“, wofür man dem Referenten reichen Beifall zollte. — Um der im Oktober stattfindenden Werbewoche Rechnung zu tragen, wurde jedem Mitglied ans Herz gelegt, für Partei und Presse hier jetzt weiteste Propagierung vorzunehmen. — Beabschlossen wurde, am Sonntag, den 17. Oktober, einen bunten Abend abzuhalten, von dem Angebot „Hoffmanns Roter Sänger“ Gebrauch gemacht und die Vorarbeiten zu diesem, ein gelungenes Programm versprechenden Abend dem Vorstand überlassen. — Hinwendung erfolgte auf die am heutigen Dienstag abend stattfindende öffentliche Volksversammlung, in der Genossin Hirth (Breslau) über das Thema: „Der Kampf ums tägliche Brot“ spricht. — Unter Beifall erneut erfolgten Vorstöße zur Stärkung der Ortsgruppenkasse, jedoch der Punkt „Finanzen“ der nächsten Versammlung überwiesen. — Mit dem Gesang mehrerer Lieder fand die anregend und harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Arbeiter-Sport

Handball vom Sonntag.

Die Spiele vom Sonntag verliefen alle programmatisch. So konnte Mochbern gegen die 6. Abt., von denen der Tormann das Spielfeld verlassen musste, nur ein Unentschieden erreichen. 2. Abt. errang den erwarteten Sieg gegen Neukirch. Boleiden fertigte die 4. Abt. ziemlich hoch ab. Die 5. Abt. scheint jetzt in Form zu kommen, denn es gelang ihr, gegen die 1. Abt. einen glatten Sieg herauszuholen. Gaudau konnte nur knapp gegen G.W.O. siegen. Die Athleten mußten sich ziemlich hoch von der 7. Abt. schlagen lassen.

In der B-Klasse konnte Kellenfeld gegen Germania keine Spieldistanz festigen. Der Favorit 1. Abt. mußte von der 5. Abt. eine hohe Niederlage einstecken. Die 2. Abt. errang den erwarteten Sieg gegen Neukirch. Bei den Jugendmannschaften siegten die Favoriten; nur die Schwimmer hatten bei ihrem ersten Start eine glatte Niederlage. Die 6. Abt. bekam nicht den erwarteten Sieg gegen Mochbern.

Ergebnisse:

5. Abt. I—1. Abt. I: 5:2 (1:1).
2. Abt. I—Neukirch I: 5:0.

Boleiden I—G.W.O. I: 11:0 (6:0).

7. Abt. I—Agiles I: 5:1 (3:0).

Mochebern I—6. Abt. I: 2:2 (1:1).

B-Klasse:

Kellenfeld—S.B. 1897: 3:0 (1:0).

2. Abt. II—Neukirch II: 5:1 (3:0).

7. Abt. II—6. Abt. II: 3:1 (2:1).

5. Abt. II—1. Abt. II: 4:0 (1:0).

Jugend:

4. Abt. I—Boleiden I: 7:0 (3:0).

Gaudau I—G.W.O. I: 4:0.

Mochebern I—6. Abt.: 2:2 (2:0).

2. Abt. I—7. Abt. II: 1:0 (0:0).

Relaxate von den Faustballspielern der Turnerzüge.

Breslau 4. Abt.—Bries (Sportclub Bries) II: 55:77.

Breslau 3. Abt.—Bries (Sportclub Bries) I: 87:80.

Breslau 1. Abt.—Bries (Sportclub Bries) II: 47:88.

Breslau 4. Abt.—Bries (Sportclub Bries) III: 84:67.

Breslau 3. Abt.—Breslau 1. Abt.: 71:89.

Faustball-Spielergeschehen der Turnerzüge im Eisenwald.

Sonntag, den 19. September, nachmittags 3½ Uhr.

Spieldistanzfeststellung. Im Mittwoch, den 15. September, findet bei den Leutenstrasse 36 eine Spieldistanzfeststellung statt, zu der Bundesgenossen Heidenreich, 1. Abt. 2. Mannschaft, sowie die Schiedsrichter und Zeugen vorgeladen werden.

Der Spieldistanzfest.

der Arbeiterturner und Sportler Breslaus auf dem Schloßplatz am 19. September findet wegen der Demonstration der Gewerkschaften nicht statt. Alles beteiligt sich an der Gewerkschaftsbabylon! Am Nachmittag um 3 Uhr (seitl. eine Stunde später) wird auf den Sportplätzen durch eine kurze Unterbrechung der Spiele um, mit einer Ansprache der Übergabe der Bundesstufe gedacht. Alle Arbeiterturner Breslaus, mit Ausnahme der Stufenläufer, die arbeitslos sind oder durch Stufenschwicke um, frei haben, sagten am Sonnabend zum Abgang der Stufen am 7. Uhr früh im Bolesdorfbad. Gute Willkommen! Der Abgang der Stufen soll mit einer kleinen Kundgebung der Freunde des Arbeiterturners verbunden sein.

Freie Turnerschaft Breslau. 1. Männerabteilung. Donnerstag, den 18. September, beginnen unsere Gesangsstunden abends 9 Uhr bei Hanle. Sämtliche Männer und Jugendturner sind einzutreten. — Son